BEILAGE: SONDERNUMMER: Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 16 27. Dezember 1971 5. Jahrgang 50 Pfennig

HÄNDE WEG VON CHINA

Am 4. Dezember 1971 griffen indische Truppen in einer Generaloffensive Pakistan an. Die sowjetischen Sozialimperialis-

schamlos ausgenutzt, um die Grenzen zu ihren Gunsten zu verschieben und Pakistan zu schwä-

IGM-Führung verschaukelt Metallarbeiter

7,5%

Tarifrunde 71

Die Schmierenkomödie ist vorbei. Mit Hilfe der Falschspieler in der IG- Metall- Führung haben die Kapitalisten auch in der Tarifrunde 71 einen Sieg errungen. Betrogen sind, wie immer, die Metallarbeiter. Statt der 15 %, die in den meisten Betrieben gefordert wurden, sollen sie mit 7,5 % abgespeist werden. Statt einer möglichst kurzen Laufzeit des Tarifvertrages - Preise und Steuern steigen ja weiter - wurde die Kündigungsfrist auf den 31. 12. 72 festgesetzt. Statt rückwirkender Lohnerhöhungen ab 1. 10 gibt es nun eine Pauschale von 180 Mark für 3 Monate. Statt Absicherung der Effektivlöhne sind nur 40 % des 13. Monatsgehalts vertraglich abgesichert. Rechnet man alles zusammen - Pauschale für 3 Monate und 7,5% - dann kriegen die Metaller insgesamt ganze 5,9 % mehr!

Die Kapitalisten können sich be-

Im Frühjahr gab Schiller seine Lohnleitlinien bekannt: 7,5 % Noch weniger konnte er sich nicht erlauben, das hätte zu often nach Lohnkürzung ausgesehen. Mehr wollten die Kapitalisten auf keinen Fall freiwillig herausrücken. Schon damals also konnte sich jeder ausrechnen, wie die Tarifverträge für 1971 aussehen würden.

IG Bergbau und IG Chemie machten im Sommer vor, wie man im Lohnkampf konsequent die Interessen der Kapitalisten vertritt. Ihr Abschluß fiel genau mit den Lohnleitlinien zusammen, der IG Bergbau gelang sogar das Kunststück, noch niedriger abzuschließen.

Die IG Metall hatte es da natürlich schwerer. Die Metallarbeiter haben in den letzten Jahren immer wieder bewiesen, daß sie der entschlossenste und kampfbereiteste Teil der westdeutschen

ten leisteten dem Indira - Gandhi - Regime bei diesem Raubzug volle Rückendeckung und griffen mit Drohungen gegen Pakistan und China, mit Waffenlieferungen an Indien, massiv in die Auseinandersetzungen ein.

Klassenkämpfe auf dem indischen Subkontinent

Schaut man auf eine Landkarte, so sieht man gleich,daß die Staaten Indien und Pakistan zwei völlig absurde Gebilde sind" Einerseits sind Volksstämme wie die Bengalen auseinandergerissen und in verschiedene Staatsgrenzen gepreßt: Westbengalen gehören zu Indien, Ostbengalen zu Pakistan. Andererseits ist Pakistan in zwei Teile zerrissen, die 1800 km weit auseinanderliegen und in denen ebenso wie in Indien,vollkommen verschiedene Völker leben.

Derartige Staatsgebilde sind niemals das Ergebnis natürlicher geschichtlicher Entwicklung. Sie entstehen dann, wenn die Imperialisten versuchen, die Welt am Reißbrett nach ihren eigenen Machtinteressen aufzuteilen" Pakistan entstand 1947 als eine solche Reißbrettkonstruktion der englischen Imperialisten, die alles daran setzten, um ihre ehemalige Kolonie, den indischen Subkontinent, auch nach der formalen Selbständigkeit willfährig und schwach zu halten"Sie wollten auch nach der Unabhängigkeitserklärung die indischen Völker ausbeuten und politisch unterdrücken. Heute haben die amerikanischen und sowjetischen Imperialisten dieses englische Erbe übernommen.

Es ist vollkommen klar, daß die Völker Indiens und Pakistans diese künstlichen Grenzen hinwegfegen werden. Es werden Staaten entstehen, die dernationalen Entwicklung auf dem Subkontinent entsprechen. Aber diese Grenzkorrektur ist einzig und allein Sache der betroffenen Völker selbst. ist Sache einer revolutionären Befreiungsbewegung in Indien und Pakistan, ist Sache der bevorstehenden neudemokratischen Revolution. Kein anderer Staat hat das Recht, die territoriale Integrität Indiens oder Pakistans anzutasten und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen. Das würde zu neuen Grenzmanipulationen führen, die ausschließlich im Interesse imperialistischer Großmachtpolitik liegen und die Völker weiter unterdrucken würde.

Die Befreiung der unterjochten Völker kann nur das Werk dieser Völker selbst sein.

DIE BANGLA - DESH - BEWEGUNG: DER FREIHEITSKAMPF, DER KEINER WAR

Aber hat nicht im letzten Frühjahr eine solche Freiheitsbewegung in Ostpakistan stattgefunden? Wurden nicht diese Freiheitsbewegungen von Westpakistan brutal zusammengeschlagen? Die Zeitungen berichteten darüber.

Die Zeitungen lügen, eine Befreiungsbewegung fand nicht statt. Indien benutzte eine Palastrevolution der ostpakistanischen herrschenden Klasse, um einen Krieg anzuzetteln, und die sowjetische Sozialimperialisten halfen fleißig mit.

Die Bewegung 'Bangla Desh', die von der Awwami-Liga unter Führung des Scheichs Mujibur Rahman im letzten Frühjahr in Pakistan zum Bürgerkrieg führte, wird von den indischen Aggressoren

chen. Scheinheilig behaupten sie, sie wollten den 'Freiheitskampf der Bengalen unterstützen und 10 Millionen Flüchtlinge in ihre Heimat, Ostpakistan, zurückführen.

Wir haben bereits im 'ROTEN MORGEN 5/71' gezeigt, daß die Bangla-Desh-Bewegung, die von Indien und Pakistan zur 'Volksbefreiungsbewegung' hochgejubelt wurde, alles andere als der Versuch eines unterdrückten Volkes, seine Ketten zu zerbrechen. Die Awwami-Liga vertrat nicht die Interessen der hungernden bengalischen Millionenmassen in Ostpakistan und Indien, sondern die Interessen der ostpakistanischen Feudalherren, die sich von ihren Klassenbrüdern in Westpakistan benachteiligt fühlten. Hier ging es nicht um die nationale Befreiung und Unabhängigkeit eines Volkes, sondern darum, daß ein Teil der pakistanischen herrschenden Klasse sich selbständig machen wollte, weil er sich davon mehr Profit versprach.
Diese Palastrevolution, die auch nicht die Spur antiimperialistisch war, die Bengalen nicht befreien, sondern unter das Joch der sowjetischen Sozialimperialisten zwingen wollte, wurde von Indien und der Sowjetunion zur "nationalen Revolution" hochgespielt. Daß die Awwami-Liga nicht die Interessen der bengalischen Arbeiter und Bauern vertrat, zeigt sich schon daran, daß ihre "Befreiungsbewegung" allein gegen die pakistanische Regierung gerichtet war, nicht aber gleichfalls gegen Indien, das ebenfalls Millionen von Bengalen ausbeutet und unterdrückt.

Schon damals mischte sich Indien in die inneren Angelegenheiten Pakistans ein. Nach Berichten von Aigenzeugen kämpften reguläre indische Truppen als "Guerillas" in den Reihen der Awwami-Liga mit.

Die Palastrevolution der ostpakistanischen Feudalherren wurde niedergeschlagen. Damit hatte Pakistan seine inneren Angelegenheiten selbst bereinigt. Das paßte natürlich nicht in den Plan der indischen und sowjetischen Aggressoren.

Fortsetzung S. 4

danken. Das hat die IG - Metall fein hingekriegt. Mit großem Getöse hat sie genau Schillers Lohnleitlinien durch'gekämpft'. Für 3 Wochen Streik und Aussperrung, für 3 Wochen Arbeitskampf, gibt es nun also eine Lohnkürzung. Die Preise sind im letzten Jahr um mindestens 6 % gestiegen. Steuererhöhungen von 2 % kommen dazu. Das macht insgesamt eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von 8 %. Dem stehen nun 7,5 % gegenüber, die in Wahrheit nur 5,9 % sind. Und die Preise steigen weiter.

Die Metaller in Nordwürttemberg und Nordbaden haben sich also unter "Führung" der IG Metall ganze 2 % Lohnkürzung "erkämpft"!

Die Zusammenarbeit von Kapital Staat, und Gewerkschaftsapparat gegen die Arbeiter konnte man in diesem Jahr besonders gut studieren.

Arbeiterklasse sind. Mit "Warnstreiks" und anderen Mätzchen, mit denen es die IG Chemie versucht hatte, konnte man die Metallarbeiter in diesem Jahr kaum im Zaum halten. Wie die Kapitalisten offen zugaben, fürchtete der Dreibund, daß "kommunistische Kräfte großen Einfluß auf die Arbeiter gewinnen könnten."

Die IGM erkannte die drohende Gefahr und kämpfte entschlossen gegen sie an. Unterstützt von der DKP, die auch den Verrat im Lohnkampf später unterstützte, beantragte sie im Sommer das Verbot der "maoistischen Gruppen." Das war eine allgemeine "Vorbeugungsmaßnahme", um den sich zuspitzenden Klassenkampf abwürgen. Im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen aber bedeutete es einen ersten Schlag

Fortsetzung S. 2



Fortsetzung von Seite 1

IGM-Führung verschaukelt Metaller

des Gewerkschaftsapparates gegen die Arbeiter, noch bevor die Tarifrunde begonnen hatte.

Den nächsten Schritt tat die IG-Metall - Führung, als sie ihre Forderungen auf 9 - 11 % festsetzte, gegen den Willen der Mitglieder, die 15 % gefordert hatten.

Für die Verhandlungen selbst erhielt die Gewerkschaft schließlich von Franz-Josef Strauß die Empfehlung, die Forderung nach 8 % (weil soviel die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausmachen) "bis zum Letzten durchzukämpfen, weil sie sonst die Bewegung an der Basis der Gewerkschaften aus dem Griff verlieren." (Strauß auf einer Rede vor dem Wirtschaftsbeirat der CSU)

Streik als Augenwischerei

An diese Direktive hat sich die IG - Metall - Führung gehalten. Bei der ersten Schlichtung ließ sie sich auf 7,5 % herunterhandeln. Und nachdem das längst geplante Endergebnis damit aus dem Sack war, begann der "harte Kampf".

Urabstimmung - Streik - Aussperrung. die Kapitalisten jubelten. Natürlich hatten sie ihr 4,5 % - Angebot nicht ernst gemeint. Was rauskommen sollte, stand ja schon seit dem letzten Frühjahr fest, seit der Verkündung der Lohnleitlinien. Aber nun konnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden.

Die Kollegen durften sich austoben, Dampf ablassen. Der "erste harte Arbeitskampf seit 1962" sollte ihnen die Illusion geben, sie könnten unter Führung des IG - Metall - Apparates tatsäch-

Würze:"Fronten, so hart wie noch nie", schrien die Zeitungen. Dabei wollten Kapital und Gewerkschaftsapparat genau das Gegenteil erreichen: Die geschlossene Kampffront der Metallarbeiter aufweichen und spalten, noch ehe sie sich richtig zusammenschließen konnte. Denn nichts fürchten Kapitalisten-Bosse und Gewerkschaftsbonzen mehr, als daß die Arbeiter geschlossen ihre Interessen vertreten. Die Ausgesperrten sollten eine Wut kriegen auf die streikenden Kollegen und damit als Bremsklotz wirken. Die Streikenden wiederum sollten sich über diese Streikbremse ärgern.

Noch deutlicher wurde das bei den Stillegungen der Automobilindustrie. In der ganzen Bundesrepublik. Die Arbeiter der

Schlichtung - der grösste Betrug

Nachdem die Arbeiter drei Wochen lang das Gefühl haben durften, als führten sie unter Leitung der IG-Metall einen unerbittlichen Kampf gegen die Unternehmer, nachdem die Regierung ihre "Besorgnis" betonte und auch ein bißchen mitgemischt hatte (vielleicht hat Brandt noch einmal an die Lohnleitlinien erinnert?) durfte endlich der "neutrale Schlichter" sein Werk tun, der gemeinsam von Unternehmensverband und IG-Metall-Spitze gewählt wird.

Wie "neutral" ein solcher Schlichter tatsächlich ist, kann man sich vorstellen! Wanagat erkannte gleich mit sicherem Blick, daß die Lohnleitlinien - also 7,5 % - gerade angemessen seien. Der "harte Kampf" konnte also am 10.12. abgeschlossen werden. - Mit einem 1 : 0 für die Kapitalisten.



"Ein konjunkturpolitisch vernünftiges Ergebnis?"

Die Kapitalisten haben sich ja in diesem Jahr besondere Mühe gegeben, die Krisensituation auszuschlachten. Sie haben versucht, die Arbeiter einzuschüchtern mit Briefen, Zeitungsannoncen, mit Anschlägen an Schwarzen Brettern; sie haben zu "wirtschaftspolitisch verantwortungsbewußtem Handeln" aufgerufen und wieder mal mit der Lohn-Preis-Spirale gedroht.

Wie steht's also damit? Ist der

pitalistische Krise zustande? Doch dadurch, daß planlos produziert wird, nur unter der Perspektive 'Profit, mehr Profit, noch mehr Profit'. Kein Wunder, daß sich nach kurzer Zeit die Waren stapeln, denn die Kaufkraft der Massen steht in keinem Verhältnis zur ungeheuren Steigerung der Produktion, im Gegenteil: Sie wird niedrig gehalten. Diese Kaufkraft ließe sich nur steigern durch höhere Löhne.Lohner-

gen Metaller noch zum Eintritt bringen kann, dazu hat sich Vetter bereits einen sauberen Plan ausgedacht: Jeder Nichtgewerkschafter soll laufend 'Anerkennungsprämien in Höhe eines halben Gewerkschaftsbeitrages zahlen. Der Plan, der auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag ausgeheckt wurde, wird also weitergetrieben: Zwangsmitgliedschaft in einer Einheitsgewerkschaft.

Wie sich die Kapitalisten und ihre Komplizen im DGB-Apparat diese Einheitsgewerkschaft wünschen-wie der DGB in Zukunft aussehen soll, auch das haben die Gewerkschaftsbonzen auf dem IG- Metall - Tag gesagt: Eine Gewerkschaft, in der jede Demokratie an der Basis abgeschafft ist. Eine Gewerkschaft, die die SPD-Regierung eifrig bei ihren Faschisierungsmaßnahmen unterstützt. Eine Gewerkschaft, die die imperialistischen Großmachtinteressen der Kapitalisten durchzusetzen hilft.Eine Einheitsgewerkschaft, die im Interesse des Kapitals die Arbeiterklasse niederhält und ihren Kampf abwiegelt. Eine Gewerkschaft, die Verbote gegen Kommunisten und fortschrittliche Kräfte ausheckt.

Dieser Tarifabschluß, der auch von anderen Tarifbezirken übernommen wurde, zeigt: Mut und Kampfbereitschaft allein genügen nicht,solange der Kampf angeführt wird von Verrätern, die die Arbeiterklasse in die Irre führen und an den Feind verraten.Jeder Sieg über die Kapitalisten kann nur errungen werden, wenn gleichzeitig der Kampf geführt wird gegen die Handlanger und Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung. Für den Lohnkampf heißt das: Akzeptable Lohnerhöhungen (In diesem Fall wären es 15% gewesen), Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. können nur erreicht werden im Kampf gegen Kapital UND DGB-Apparat. Deshalb ist der Tarifabschluß von Nordbaden-Nordwürttemberg nicht ein Beispiel, sondern eine

sie könnten unter Führung des IG - Metall - Apparates tatsächlich um ihre Interessen, um mehr Lohn, kämpfen. Das Angebot der Kapitalisten war so unverschämt niedrig gehalten, daß man darüber vergessen sollte, daß die IG-Metall selbst die einzig akzeptable Forderung, nämlich : 15 % - 1 DM, gar nicht erst aufgestellt und daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits ihre eigene Forderung um 3,5 % verkürzt hatte. Dieses raffinierte Spiel zwang also die Metallarbeiter von vornherein zum Streik um eine faktische Lohnkürzung.

Dann kam die Aussperrung von 360 000 Metallarbeitern - eine unverschämte Erpressung der Kapitalisten. Dadurch bekam der Scheinkampf erst seine richtige desrepublik. Die Arbeiter der stillgelegten Betriebe waren besonders hart betroffen, weil sie nur eine kleine Sozialunterstützung bekamen, die außerdem noch zurückgezahlt werden muß. Natürlich hätten sie das finanziell nicht lange durchgehalten.

Kein Wort natürlich bei den Tarif'partnern', daß den Kapitalisten diese Aussperrungen und Stillegungen auch wirtschaftlich sehr gelegen kamen. Ein großer Teil von ihnen, wie etwa VW und BMW hatte für Januar sowieso Kurzarbeit angemeldet, weil sie in der Krise stecken. Jetzt konnten sie die Produktion stillegen und die Schuld dafür den Arbeitern in die Schuhe schieben.

Wie steht's also damit? Ist der 7,5%-Abschluß "volkswirtschaftlich vernünftig", oder ist er gar zu hoch, wie Friedrichs vom Unternehmerverband gleich behauptet?

Natürlich nicht! Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale wird nicht plötzlich deshalb wahr, weil es zum hunderttausendsten Mal erzählt wird. Die Preise steigen, damit die Profite steigen. Die Löhne werden niedrig gehalten, ebenfalls damit die Profite steigen. Die Kapitalisten versuchen in jedem Fall beides durchzusetzen: Lohnkürzungen und Preissteigerungen. Lohnsteigerungen sind für steigende Preise überhaupt nicht verantwortlich, sie dienen den Kapitalisten höchstens als Vorwand, wenn sie die Preise sowieso mal wieder erhöhen wollen.

Auch das Argument, zu hohe Lohnsteigerungen würden nur die Krise beschleunigen, zieht nicht. Wie kommt denn die ka-

durch höhere Löhne. Lohnerhöhungen aber zehren am Profit. Ein Teufelskreis also, aus dem innerhalb des kapitalistischen Systems nicht herauszukommen ist. Für den Verlauf der Krise ist es also vollkommen egal, wie hoch der Tarifabschluß ausgefallen wäre. Nicht aber für die Profitgier der Kapitalisten. Sie versuchen auf jeden Fall, die Folgen der Wirtschaftskrise den Arbeitern aufzuhalsen. Verschärfte Arbeitshetze, Kurzarbeit, Entlassungen, Lohnkürzung - die Arbeiterklasse zahlt, die Kapitalisten sichern die Profite.

Nein, mit der Wirtschaftskrise hat dieser Tarifabschluß nichts zu tun. Im Gegenteil! Die Kapitalisten haben - wieder mal - die von ihnen selbst hervorgerufene Krise als Erpressungsmittel gegen die Lohnforderung der Arbeiter benutzt. Und die IG-Metall hat das Kinderliedchen vom 'volkswirtschaftlich vernünftigen Verhalten' mitgesungen.

Nordbaden-Nordwürttemberg nicht ein Beispiel, sondern eine Warnung für alle Metaller. Deshalb gilt es, den DGB-Apparat zu entlarven und zu bekämpfen. Wir brauchen Gewerkschaften, aber keine, die selbst zu den größten Kapitalisten zählen und deshalb überhaupt kein Interesse daran haben können, den Lohnkampf konsequent zu führen. Wir brauchen Gewerkschaften, aber nicht solche, die mit Kapital und Staat zusammen in der Konzertierten Aktion am grünen Tisch sitzen und Lohnleitlinien und Lohnstop ausarbeiten.

Was die Arbeiterklasse braucht, sind Revolutionäre Gewerkschaften, die konsequent, ohne Kompromisse, ihre Interessen vertreten, die den Kampf der Arbeiter um mehr Lohn anführen und nicht abwiegeln. Revolutionäre Gewerkschaften, die die Aufgabe haben, den Kampf um mehr Lohn zu verbinden mit dem Kampf um die Aufhebung des Lohnsystems.



Machen wir aus ihrem Sieg eine Niederlage!

Man kann es drehen und wenden wie man will: Diese Tarifverhandlungen hatten einzig und allein das Ziel, den Gewerkschaftsapparat zu stärken, die arbeiter in die Arme der IG - Metall zu treiben. Die Lohnforderungen der Metaller waren den Unternehmern und der IG-Metall-Spitze letzten Endes vollkommen egal. Hier ging es darum die wachsende Kampfbereitschaft der Metallarbeiter abzubremsen und in für die Kapitalisten ungefährliche Bahnen zu lenken. Hier ging es darum, das Vertrauen der Arbeiter in den Gewerkschaftsapparat, das sie verloren haben, weder zu erwecken und zu stärken. Hier ging es darum, neue Massen in die Gewerkschaft zu treiben; tatsächlich sind vor dem Streik noch viele Kollegen eingetreten, nicht, weil sie mit der Politik der IG-Metall einverstanden sind, sondern weil sie auf die Streikunterstützung angewiesen waren. Und wie man die übri-



Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin, Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: Roter Morgen GmbH, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: E. Aust, Hamburg Nr. 262767; Erscheinungsweise: Alle vierzehn Tage montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland 11,-- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschl. Porto, Ausland 11,-- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

STAATSFEIND Nr. 1

"Wer stirbt als nächster von der Baader-Meinhoff-Gruppe" fragte "Stern". Am Tag, als "Stern" in die Kioske kam, hatte die Polizei die Antwort schon gegeben: Am 5.12. wurde in Berlin Georg von Rauch erschossen, von der Polizei ermordet, so wie im Juli Petra Schelm in Hamburg. Und niemand war von diesem neuen Verbrechen überrascht, niemand schien darüber empört zu sein. Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen brachten kurze Berichte, damit war die "Sache" erledigt.
Man gewöhnt sich daran, daß Staat und Polizei in Westdeutschland wieder Großrazzien veranstalten, die Bevölkerung mit Notstandsübungen terrorisieren und Menschen ermorden!

Irgend etwas ist faul an der ganzen Sache!
Innenminister Genscher erklärt die Baader-Meinhoff-Gruppe zum Staatsfeind Nr. 1! und mobilisiert riesige Polizeiaufgebote, um nach den Mitgliedern zu fahnden.
"Staatsfeind Nr. 1"? Das heisst doch wohl, dass diese Gruppe den kapitalistischen Staat bedroht, dass ihr Angriff den Staat zerstören könnte. Wer aber hier und heute davon träumt, er könne als Einzelkämpfer gegen das kapitalistische System antreten, wer davon faselt, er wolle jetzt, sofort, mit dem bewaffneten Kampf gegen das Kapital beginnen, der ist ein unverbesserlicher kleinbürgerlicher Anarchist. Wer sich einbildet, er könne den Helden spielen und die Menschheit durch individuellen Terror erlösen, der nützt der Sache des Proletariats gar nichts. Die organisierte Macht des Kapitals kann nur durch den organisierten Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei gestürtzt werden.
Und der bürgerliche Staat mit seinem gewaltigen Unterdrückungsapparat, dieser Staat, der Justiz, Polizei, Bundeswehr gegen das Volk einsetzt, dieser Staat will sich vor einer Handvoll wildgewordener Kleinbürger fürchten? Vor 20 oder 30 Leuten, die schon seit Monaten nicht einmal eine einzige politische Erklärung von sich gegeben haben?

Das glaubt der Genscher ja wohl selber nicht, dass wir ihm das abkaufen!

Denn:

Reden die Marxisten-Leninisten nicht vom Klassenkampf und Sozialismus? Baader-Meinhoff tun das auch, und seht, liebe Leute, was das für Kinderfresser sind. Denn das Kind, das Ulrike Meinhoff neulich an der Hand hielt, das hätte sie sicher, ganz bestimmt, als Kugelschild benutzt, wenn ihr ein Polizist über den Weggelaufen wäre. (Bildzeitung)

Reden nicht die Marxisten-Leninisten vom bewaffneten Kampf, von der Revolution? Baader-Meinhoff tun das auch, und seht liebe Leute, die bringen sich ja schon selber um! Noch drei oder vier Tage, und bestimmt, ganz bestimmt, werden sie einen ihrer eigenen Leute abknallen. (Bild-Zeitung)

Eben das will die Bourgeoisie der Bevölkerung weismachen: Alle Kommunisten sind Anarchisten, alle Anarchisten versuchen es mit individuellem Terror, also sind alle Kommunisten Verbrecher. Alle Verbrecher gehören hinter Schloss und Riegel oder - noch besser - man schiesst sie gleich tot. So wie vor ein paar Wochen Petra Schelm, so wie jetzt Georg von Rauch.

Ausgerüstet mit Maschinenpistolen und Tränengas, Walkie-Talkies und Panzerwesten kontrollierten über 3000 Landespolizisten Strassen an strategisch wichtigen Punkten in Hamburg und Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein: allein im Bezirk Lüneburg gab es 18 Kontrollposten.



Fahndungsfoto der ermordeten Petra Schelm

Wo immer ein Kraftfahrer versehentlich oder bewusst die emporgehobene Polizei-Kelle passierte, liessen die Strassenwächter Beutel mit grellgelber Farbe an den Karosserien zerplatzen, und Hubschrauber- wie Streifenwagenbesatzungen jagten, entsicherte Maschinenpistolen im Anschlag, die so Markierten - einen solange, bis er, nahe der Autobahn-Ausfahrt Hamburg-Harburg, von Weinkrämpfen

---

Giessen, 5. 12. 71

An das
Exekutivkomitee beim ZK der KPD/ML
c/o Ernst Aust
2 Hamburg 71, Postfach 464

Genossen!

Worauf wir sehr lange gewartet haben, ist eingetroffen. Wir stellen uns als kommunistische Arbeiter voll und ganz hinter die proletarische Erklärung des Exekutivkomitees der Partei. Die zerstörerische Arbeit der Liquidatoren, die schon seit langer Zeit offensichtlich war, ist nicht rechtzeitig bekämpft worden. Wir fordern alle wahrhaften Kommunisten auf, die gegenwärtige Lage streng zu prüfen. Das Versöhnlertum mit den Liquidatoren zu verwerfen, um die proletarische Einheit voll herzustellen.

Nur ehrliche wahrhaftige Marxisten-Leninisten dürfen die Partei führen. Das Zirkelunwesen und der Fraktionismus müssen radikal ausgemerzt werden. Nur so kann die Partei das Vertrauen der Massen gewinnen, und sich fest verankern. Die KPD/ML muss eine kampfstarke Partei der Arbeiterklasse sein, die sich von den Fehlern der Vergangenheit distanziert, und zur korrekten Linie des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen zurückkehrt. 10 kampfentschlossene revolutionäre Arbeiter sind nützlicher für die Partei wie 100 intellektuelle Liquidatoren. Wir müssen der Parteiführung zum Vorwurf machen, daß sie die antagonistischen Widersprüche nicht beizeiten entschieden bekämpft hat. Das Exekutivkomitee muß unter der Führung des Genossen Ernst Aust die proletarische Linie der Partei wiederherstellen und die Partei von schädlichen Elementen säubern. Verräter an der proletarischen Sache haben in der Partei nichts verloren. Alle Mitglieder und Sympathisanten rufen wir auf, die Erklärung des EK der Partei voll zu zu unterstützen. Der ideologische Kampf um die Einheit der Partei muß ständig geführt werden, um Abweichungen rechtzeitig bekämpfen zu können. Wir fordern die Einberufung eines ordentlichen Parteitags im nächsten Jahr auf dem ein Grundsatzprogramm verabschiedet werden sollte.

Vorwärts mit dem EK unter der Führung des Genossen Ernst Aust!
Nieder mit den Verrätern der Arbeiterklasse!
Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung!

Anmerkung der Redaktion:



Wenn aber nicht "Staatsfeind Nr. 1", - was bleibt dann noch übrig? Eine Gefangenenbefreiung, bei der ein Mann schwer verletzt wurde, ein paar Raubüberfälle, Schiessereien mit der Polizei, wobei ein Beamter getötet wurde. (Wobei noch nicht einmal bewiesen ist, ob die beiden letzten Punkte tatsächlich auf das Konto der Baader-Meinhoff-Gruppe gehen.) Wir wollen diese Aktionen nicht beschönigen. Sie sind sinnlos, weil sie dem Proletariat nichts nützen. Aber da hat doch wahrhaftig jeder mittlere Rauschgiftring in Berlin oder München mehr Dreck am Stekken, ohne dass Politiker, Polizei und Presse gemeinsam eine wochenlange Menschenjagd veranstalten.

Was ist also dran an der Staatsfeind-Hysterie? Wen meint der Staat wirklich, wenn er die Baader-Meinhoff-Gruppe pügelt?

Er meint uns, er meint die Marxisten-Leninisten, die Kommunisten. Er meint diejenigen, die den organisierten bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, vorbereiten, und die deshalb eine tatsächliche Gefahr für ihn bedeuten. Ihnen gilt die Hetze und Lügenpropaganda, die Presse, Radio und Fernsehen betreiben.

Aber diese systematische Kommunistenhetze ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist noch härter, noch brutaler. Sie heisst: Notstandsübung. Kommunistenhetze allein genügt nicht, denn je mehr sich der Klassenkampf in Westdeutschland verschärft, desto weniger Erfolg kann diese Lügenpropaganda haben. Deshalb bereiten Regierung und Parteien in Bonn ganz offen durch immer härtere Gesetze den Faschismus vor. Deshalb werden Armee, Bundesgrenzschutz und Polizei auf den verschärften Klassenkampf gedrillt. Denn wer den Notstand will, der muss ihn proben. Es ist nicht einfach, Tausende von Polizisten zu mobilisieren. Es ist nicht einfach, die Ausfallstrassen einer Gross-Stadt wie Hamburg Abend für Abend abzuriegeln. Es ist nicht einfach, innerhalb kürzester Zeit Hunderte von Hausdurchsuchungen durchzuführen. Das will gelernt sein. Die deutsche Polizei lernt es jetzt. Den Vorwand dazu liefert die Baader-Meinhoff-Gruppe Terror gegen die Bevölkerung, Brutalität, Menschenjagd und Mord, sie werden systematisch vor unseren Augen einstudiert, wie auf dem Theater.

geschüttelt, in einem Kornfeld zusammenbrach"

"Überall Männer mit Maschinenpistolen, die offenkundig damit rechneten, dass auf sie geschossen würde, und dass sie zurückschiessen würde, - aber keine Sanitäter, die dann hätten helfen können. Kontrollen sicherheitshalber dort, wo die gestoppten Kraftfahrer aus dem Verkehrsstrom geholt und in Seitenstrassen und Parkbuchten gelotst werden konnten - aber Feuergefechte schliesslich dort, wo Kinder spielten." (Spiegel)

Gleichzeitig soll sich die Bevölkerung an die zunehmende Unterdrückung gewöhnen. Sie soll sich daran gewöhnen, dass Gefangene behandelt werden wie Tiere, so wie Margrit Schiller. Sie soll sich daran gewöhnen, dass Strassenbahnen angehalten und die Fahrgäste mit vorgehaltenen Maschinenpistolen durchsucht werden wie in Hamburg nach der Ermordung Petra Schelms. Sie soll sich daran gewöhnen, dass Menschen auf offener Strasse erschossen werden, ohne dass jemand Notiz davon nimmt - so wie es jetzt immer häufiger geschieht.

Der bürgerliche Staat, der sich auf verschärfte Klassenkämpfe vorbereitet, braucht die Baader-Meinhoff-Gruppe. Deshalb lässt er sie am langen Strick laufen, wie einen Tanzbären. Denn machen wir uns nichts vor: Wenn der Staat die Gruppe wirklich wollte, dann hätte er sie längst. Wenn Mitglieder, die steckbrieflich gesucht sind, unter den Augen der Polizei an einem Teach-In der Hamburger Universität teilnehmen, dann ist das nur e i n Beweis dafür, dass noch niemand im Ernst daran denkt, die Gruppe zu zerschlagen.

Im Gegenteil: Die Bourgeoisie hegt und pflegt die Anarchisten, denn sie bieten ihr den willkommenen Vorwand, unter den Augen der Öffentlichkeit auf Notstand und Faschismus vorzubereiten. Sie bieten ihr den Vorwand zur systematischen Kommunistenhetze, zum Verbot von kommunistischen und revolutionären Organisationen.

Wir danken den Genossen für ihr Schreiben und ihre Unterstützung des Kampfes der proletarischen Linie. Darüberhinaus bedanken wir uns bei vielen anderen Genossen für die Zustimmung zur Erklärung des Exekutivkomitees beim ZK der KPD/ML und für die praktische Hilfe im Kampf um die korrekte Linie der Partei.

KPD/ML und Rote Garde
Vereinigter Stützpunkt
Ingolstadt, Regensburg,
Kehlheim, Gunzenhausen

Am 7. Dezember 1971

Die Partei ist nichts ohne das Proletariat

Wer die Partei vom Proletariat lösen will, ist ein Parteifeind und ein Klassenfeind.

Wer den ökonomischen Kampf des Proletariats nicht führen will, löst die Partei vom Proletariat und ist daher ein Parteifeind und ein Klassenfeind.

Wer den ökonomischen Kampf des Proletariats nicht zum politischen Kampf des Proletariats entwickelt, wer den ökonomischen Kampf nicht mit dem politischen Kampf verbindet, ist ein Parteifeind und ein Klassenfeind.

Wer den politischen Kampf des Proletariats nicht auf der korrekten Linie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung auf die Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ausrichtet, ist ein Parteifeind und ein Klassenfeind.

Alle Partei- und Klassenfeinde müssen aus der Partei hinausgesäubert werden.

Allen, die vorübergehend eine partei- und klassenfeindliche Linie eingenommen haben, aber durch Selbstkritik ihre Fehler klar erkennen und offen zugeben, muß die Rückkehr in die Partei ermöglicht werden.

Um dem Proletariat getreu dienen zu können, muß die Partei Vorkehrungen und Maßnahmen treffen, die es ihr ermöglichen, die Widersprüche in der Partei rechtzeitig und richtig zu erkennen und sie rechtzeitig und richtig zu lösen.

Mit revolutionärem Schwung, mit Sachlichkeit, mit Gründlichkeit in der Arbeit und mit nie erlahmender Ausdauer werden wir das Proletariat zum Siege führen.

Fortsetzung von S. 1

HANDE WEG VON...

Der indisch-pakistanische Krieg ist gegen die Interessen des Volkes gerichtet

Natürlich will Indien seinen Nachbarn Pakistan um jeden Preis wirtschaftlich, politisch und militärisch schwächen. Ostpakistan ist ein fruchtbares Land, dessen Juteexport allein mehr als 50 % der gesamt-pakistanischen Devise brachte. Der erste Schritt für eine territoriale Einverleibung Ost - pakistans besteht für Indien darin, die angebliche 'Freiheitsbewegung' zu unterstützen und den Staat 'Bangla Desh' zu schaffen. Dieser Staat ist vollkommen von Indien und der Sowjetunion abhängig. Seine 'Regierung' hat ihren Sitz vorläufig in Indien, ohne ständige militärische Hilfe durch Indien wäre Bangla Desh nicht lebensfähig.

Daneben aber ist dieser Krieg gerichtet gegen die revolutionäre Befreiungsbewegung, die im indischen und im pakistanischen Teil Bengalens unter Führung der Naxaliten, der bengalischen Marxisten-Leninisten, immer stärker wird. Weite Teile Westbengalens sind bereits vom Joch der feudalen Großgrundbesitzer befreit. Dieser revolutionäre Kampf bedroht die indischen und pakistanischen Feudalherren. Hauptsächlich um die Naxaliten-Bewegung niederzuschlagen, haben sich beide zusammengeschlossen. So bot die Awwami-Liga der indischen Regierung an, dass Ostpakistan staatsrechtlich oder wenigstens faktisch dem indischen Staat angegliedert werden sollte, um gemeinsam die Naxaliten - Bewegung zu

der Bevölkerung erringen, wenn sie die indischen Truppen als Besatzungsarmee bezeichnen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, (9.12.71)

und: "Indiens Westbengalen würden sich mit den ostbengalischen Brüdern vereinigen wollen, die Balkanisierung des Subkontinents, in Bengalen erst einmal begonnen, wäre kaum mehr aufzuhalten." (Spiegel, 29.11.71)

DIE INDISCHEN AGGRESSOREN GREIFEN AN

Der Krieg war von Indien lange und sorgfältig vorbereitet. Mit der falschen Behauptung, Pakistan provoziere den Krieg, lehnte Indien jede friedliche Lösung der Flüchtlingsfrage ab, die es als Kriegsgrund brauchte. Im August wurde zwischen Indien und der Sowjetunion ein 'Beistandspakt' geschlossen, der angeblich den Frieden erhalten und Pakistan abschrecken sollte. In Wahrheit war dieser Vertrag ein Komplott der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer indischen Lakaien, das den Krieg zum Ziel hatte. Die scharfe Verurteilung der Kriegshandlungen durch die UNO wurde

KANADA

In Kanada entwickelt sich z.Z. eine breite Massenbewegung gegen den US-Imperialismus. Arbeiter, Schüler, Studenten verließen ihre Fabriken und Schulen, um gegen den Atomversuch der USA auf der Insel Amtschika (Alaska) zu protestieren. Kanada, das z.Z. eine Arbeitslosigkeit von 8,5% hat, ist besonders hart betroffen von Nixons zehnprozentiger Importsteuer und entwickelt auf verschiedenen Ebenen eine scharfe Kritik gegen die Politik des Dollar-Imperialismus, der sämtliche Schlüsselindustrien in Kanada kontrolliert. Auch das kanadische Proletariat widersetzt sich immer schärfer den Ausbeutungsmethoden. So blockierten Hunderte von Arbeitslosen in Mont Laurier (Provinz Quebec) 9 Stunden lang die Hauptverkehrsstraße, um gegen die Entlassungen von Hunderten von Arbeitern zu protestieren. Dies war die zweite Blockade innerhalb eines Monats in der Provinz Qyebec, in der besonders die französischstämmigen Arbeiter unterdrückt werden.

DAS VOLK WIRD DER POLIZEIWILLKÜR AUSGELIEFERT

Die marxistisch-leninistische Bewegung wächst und erstarkt. Gleichzeitig greifen die Imperialisten und ihr Staat immer mehr und offener zu faschistischen Maßnahmen, um die revolutionäre Arbeit zu behindern und zu unterdrücken.

Als während der breiten Bewegung gegen die Notstandsgesetze auch in Düsseldorf von verschiedenen Gruppen Flugblätter verteilt wurden, führte der Stadtrat über die Straßenverkehrsordnung eine Erlaubnispflicht für das Verteilen politischer Flugblätter ein. Diese faschistische Maßnahme wurde jetzt vom SPD-Stadtrat in Bochum übernommen, diesmal direkt gegen die Aktivitäten der KPD/ML und andere Gruppen gerichtet – ähnliche Maßnahmen sind auch für andere Städte geplant.

Wer in Düsseldorf ein Flugblatt verteilen will, muß es vorher zum Ordnungsamt bringen und eine Verteilungsgenehmigung beantragen. Dabei muß angegeben werden, wieviele Leute wann und wo verteilen. Nach Angaben des Ordnungsamtes wird das Flugblatt der politischen Polizei vorgelegt, die sich vorbehält, besondere Auflagen zu machen. Bis zur Genehmigung dauert es zwei Tage. Pro Anmeldung sind 20 DM 'Verwaltungsgebühren' zu bezahlen. Falls irgendwelche Flugblätter auf der Straße oder den Gehsteigen herumliegen, verlangt das Ordnungsamt die Bezahlung von 'Reinigungsgebühren'. Wer ohne Genehmigung verteilt, muß mindestens 100 DM Strafe bezahlen.

Kürzlich versuchten die Düsseldorfer Kapitalistenhandlanger im Ordnungsamt sogar mit der Begründung, die KPD/ML sei keine politische Partei, für jeden Verteiler täglich 50 DM

Friede auf Erden?

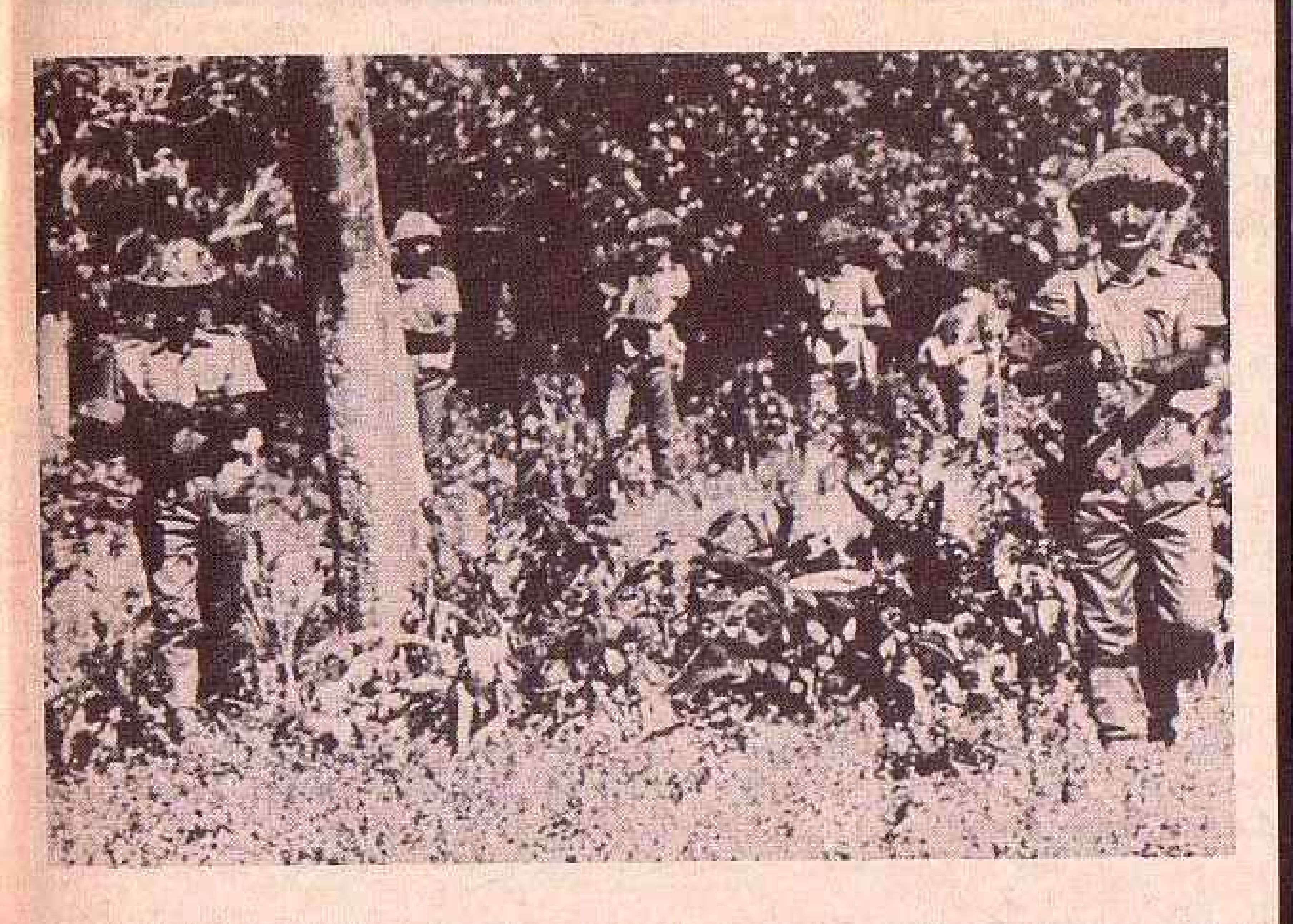
Das schwedische Friedensforschungsinstitut hat die Waffenlieferungen, die in den letzten zwanzig Jahren in die Länder der Dritten Welt gingen, analysiert und unter dem Titel "Der Waffenhandel mit der Dritten Welt" herausgegeben. Die Fakten, die darin enthalten sind, zeigen einmal mehr, daß die Hauptfeinde der Völker der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus sind.

Niemand ist scheinbar mehr um den Weltfrieden besorgt als die beiden Friedensengel USA und Sowjetunion. Am liebsten würden sie die Völker der Welt jeden Tag mit einer neuen Konferenz, einem neuen Ausschuss für Rüstungsstop, Abrüstung, Weltsicherheit beglücken. Die Friedens- und Freundschaftsverträge, die ununterbrochen abgeschlossen werden, sind fast nicht mehr zu zählen.

zurotten. Und auf den indischen Subkontinent schliesslich entfielen 15%, denn dort gilt es, das hungernde Millionenvolk der Inder weiter in Unterdrückung zu halten, dort versuchen amerikanischer und sowjetischer Imperialismus gemeinsam gegen die Volksrepublik China, ihren grössten Feind, einen Krieg anzuzetteln. Mit dem indisch-pakistanischen Krieg, der ausschliesslich im

sam die Naxaliten - Bewegung zu vernichten. Das ist ein neuer Beweis dafür, dass die Bangla-Desh-Bewegung nicht die Interessen des Volkes, sondern die Interessen der Ausbeuterklasse vertritt, und dass sie den Wunsch des bengalischen Volkes nach Befreiung schamlos ausnutzt, um die revolutionären Kräfte zu zerschlagen.

handlungen durch die UNO wurde von Indien zurückgewiesen. Indien lehnte ebenfalls ab, die Kampfhandlungen einzustellen. Begründung: 'Wir sind doch nicht verrückt!' (Narenda Singh, indischer UNO-Deligierter) Auf einer mehrwöchigen Weltreise hatte India Gandhi noch die Werbetrommel gerührt und Waffen gesammelt.



Aber der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füsse. Ein um seine Befreiung kämpfendes Volk kann auf die Dauer nicht von seinen Unterdrückern besiegt werden. Je wilder die indischen Aggressoren und die ostpakistanischen Verräter mit dem Säbel rasseln, desto offenkundiger wird ihr gemeinsamer Betrug an den Volksmassen. Gerade die Awwami-Liga entlarvt sich immer mehr als ein reaktionäres Regime, als Handlanger sowjetischer und indischer Grossmachtgelüste. So fürchten die Imperialisten bereits " heute:

"Die indische Armee wird zur Aufrechterhaltung vin Ruhe und Ordnung zunächst in Bengalen bleiben müssen. Die zersplitterten Linkskräfte in der Bangla-Desh-Bewegung könnten Sympathien in

Seit mehreren Wochen versuchen die indischen Angreifer, mit Grenzübergriffen Pakistan herauszufordern. Gleichzeitig posaunten sie lügnerisch herum, daß Pakistan die indischen Grenzen verletze, um den Krieg zu provozieren. Aber Pakistan ließ sich auf dieses Manöver nicht ein, es erklärte den Krieg nicht. Deshalb griff Indien am 4.12. zur Methode 'Es wird zurückgeschossen'. Es behauptete, Pakistan habe den Krieg erklärt, und marschierte im Osten und Westen auf pakistanisches Hoheitsgebiet ein. In Wahrheit wurde von Pakistan keine Kriegserklärung ausgesprochen, Indien konnte auch keine vorweisen. Das Ganze war eine abgekartete Lüge, um im Gewand des Unschuldsengels den Krieg führen zu können.

Fortsetzung S. 8

fast nicht mehr zu zählen.

Friede auf Erden? Von wegen! Allein im Jahr 1970 wurden von den imperialistischen Staaten Waffen für 1,5 Milliarden Dollar (etwa 5 Milliarden DM) in die Länder der Dritten Welt gepumpt. 7 x soviel wievor 20 Jahren Hauptlieferanten: Die beiden "Friedenstauben" USA und Sowjetunion, die allein 2/3 des Geschäftes machen, gefolgt von Frankreich und Grossbritannien. Die Friedensforschungsgesellschaft kommt zu dem Ergebnis: " Der Waffenhandel wächst zweimal so schnell wie das Volkseinkommen der Entwicklungsländer."

Wer den Krieg will, der liefert auch die Waffen. Und die Imperialisten wollen den Krieg! Sie müssen ihn planen, denn wie können sie anders als mit riesigen Armeen ihren Konkurrenzkampf um Bodenschätze und Absatzmärkte in der Dritten Welt, ihren ständigen Kampf um die Weltherrschaft führen? Wie können sie anders als mit waffenstarrenden Heeren den Freiheitskampf der ausgebeuteten, hungernden, unterdrückten Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika niederhalten, die sich immer heftiger gegen die faschistischen Marionettenregierungen in ihren Ländern zur Wehr setzen?

Wo immer sich ein neuer 'Krisenherd' auftut - das heisst, wo immer sich die Imperialisten gegenseitig in die Quere kommen oder wo ein Volk beginnt, um seine Freiheit zu kämpfen da rollen auch die Waffentransporte. Der vordere Orient erhält 25 % der gesamten Waffenlieferungen - dort stehen sich mit Israel und den arabischen Staaten die Interessen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus gegenüber dort kämpfen beide gleichzeitig zusammen gegen die palästinensische Freiheitsbewegung. In den Fernen Osten mit Vietnam gingen 30 % der Waffenlieferungen - dort hat die USA aus reinem Profitinteresse 20 Jahre lang versucht, ein ganzes, freiheitsliebendes Volk aus-

Interesse des amerikanischen und sowjetischen Imperialismus steht, haben hier die Waffenlieferungen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Dass die imperialistischen Blutsauger gezwungen sind, überall Kriege anzuzetteln, beweist auch ein anderer Punkt: Die Sowjetunion stieg erst ab 1960 gross in das Waffengeschäft ein. Das ist auch kein Wunder: Bis zu Stalins Tod war die Sowjetunion ein sozialistischer Staat, und hatte deshalb nicht das geringste Interesse daran, andere Völker auszuplündern und zu unterdrücken oder gar beim irrwitzigen Rennen mitzumachen, das die imperialistischen Staaten um die Weltherrschaft veranstalten. Wozu also hätte sie Kriege anzetteln sollen? Erst als 1960 die neuen Kreml-Zaren unter Chruschtschow damit begannen, das Land auf den Weg des Kapitalismus zurückzuzerren, als Russland sich zum sozialimperialistischen Staat entwickelte, da musste die Sowjetunion logischerweise zu einer der grössten Kriegstreiber werden, zu einem der führenden Waffenlieferanten.

Die schönen Friedensworte im Munde der Nixon, Breschnew und Brandt sind nichts als Phrasen. Die "Entwicklungshilfe", die ja zum Teil ebenfalls aus Waffenlieferungen besteht, ist ein Vorwand, hinterdem sich die Machtgier der imperialistischen Staaten versteckt. In Wahrheit haben sie nichts anderes im Sinn, als überall in der Welt Konflikte anzuzetteln und zu schüren. Ihre ganzen "Abrüstungskonferenzen" sind, wie der chinesische UNO-Deligierte Tschao Kuan Hua sagte, "Dauer-Debattierklubs, in denen keine Probleme gelöst werden", ihre "Friedens"resolutionen sind "nichtssagende Papiere, die von den beiden Supermächten benutzt werden, um der Welt die Augen zu wischen."

als 'Sauberkeitskaution' zu verlangen.

Der Düsseldorfer 'Republikanische Club' wurde während der Bewegung gegen die Notstandsgesetze auch von der Erlaubnispflicht für das Verteilen politischer Flugblätter betroffen. Er hielt diese Maßnahme für einen undemokratischen Ausrutscher und versuchte, die Erlaubnispflicht durch die 'unabhängige' Justiz rückgängig zu machen. Nach langem Hin und Her entschied das Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin im Frühjahr dieses Jahres: Das Verteilen von politischen Flugblättern kann einer Erlaubnispflicht unterworfen werden, wenn dies 'wegen gleich- oder höherwertige Rechtsgüter' geboten erscheint. Als Beispiele für solche 'Rechtsgüter' nannte das Gericht die 'Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, sowie die Sauberkeit der Straßen'. Das Verwaltungsgericht entschied, für den 'Schutz höherer Rechtsgüter' sei die 'Einengung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung' möglich.

Die Sauberkeit der Straßen ist wichtiger als die freie Meinungsäußerung — wer da noch an die 'Unabhängigkeit' oder 'Gerechtigkeit' der Justiz glaubt, dem ist nicht zu helfen. In den imperialistischen Ländern vertritt die Justiz die Interessen der herrschenden Klasse, der Imperialisten. Das ganze Gerede von 'Unabhängigkeit' und 'Gerechtigkeit' ist nur Brimborium, das den wahren Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz verschleiern soll.

Arbeiterkorrespondenz

Ex und hopp ...

(Der Bericht einer Siemens-Arbeiterin, die durch Siemens gesundheitlich ruiniert wurde. Als sie nicht mehr alles hinnahm, warf man sie auf die Straße.)

Ich habe 8½ Jahre bei Siemens am Mikroskop gearbeitet, in der Balanstraße Bau 11, Flur 4. Ich habe zwischen 450,- und 600,- DM verdient. Wenn ich Überstunden gemacht oder samstags gearbeitet habe, bekam ich nicht mehr heraus. Ich habe immer gut gearbeitet. — Nach 7 Jahren bekam ich mein zweites Kind. Die Geburt war kompliziert. Ich wurde operiert, aber die Wunde entzündete sich immer wieder. Nach 3 Monaten fange ich wieder an zu arbeiten.

Ich gehe an meinen Platz und warte auf Arbeit. Da sagt der Meister: 'Hier ist keine Arbeit mehr für Sie. Sie müssen von Ihrem Platz weggehen !' Da kommt der Abteilungsleiter, Herr Schmidtberger: 'Ich gebe Ihnen eine andere Arbeit, aber bleiben Sie in meiner Abteilung, weil Sie eine gute Arbeiterin sind.' Und er bringt mich zu einem anderen Platz, zu einem anderen Meister.

In 4 Monaten siebenmal versetzt

Da mache ich eine Woche Akkord. Die nächste Woche komme ich plötzlich wieder auf einen anderen Platz und mache da jetzigen Platz kann ich unmöglich arbeiten.' Herr Lineck telefonierte mit Herrn Schmidtberger: 'Bitte geben Sie der Frau ... einen besseren Platz !' 'Ja, Elisabeth, Sie kommen an einen anderen Platz. Wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich.' Sie sehen, ich helfe Ihnen.' Ich komme zurück und tatsächlich an einen anderen Platz. **Noch schlechter**, wieder Chemie, aber diesmal mit Säure. Das greift sofort meine Augen an. Die schwellen zu und ich kann drei Stunden nichts sehen. Ich muß zum Arzt und verliere natürlich eine Stunde. Die Vorarbeiterin kann mich nicht leiden, weil Herr Schmidtberger ihr gegenüber schlecht über mich gesprochen hat. Zu der Zeit gab es wenig Arbeit. Soll ich während der Zeit stur auf meinem Platz hokken ? Ich bin ein bißchen herumgelaufen oder auf die Toilette gegangen. Die Vorarbeiterin spionierte ständig hinter mir her, schaut auf die Uhr und schnauzt mich an, wenn ich 10 Minuten auf der Toilette war. 'Das nächste Mal fragen Sie, wenn Sie auf die Toilette wollen !' Ich sage: 'Wieso, das ist doch kein Gefängnis hier.' Nach zwei Wochen kommt Herr Schmidtberger: 'Hauen Sie jetzt ab von dieser Abteilung ! Wir brauchen Sie hier nicht.' 'Wieso, was ist denn nun schon wieder los ?' 'Ja, Fräulein Amman hat gesagt, Sie arbeiten schlecht und gehen immer spazieren.' 'Was, ich und immer spazierengehen ? Es ist doch nicht meine Schuld, wenn manchmal keine Arbeit da ist.' Und außerdem: 'Sie streiten

Kündigung: Lieneck dreht und wendet sich

Eines Tages kommt ein Brief von Siemens: Kündigung. Ich gehe sofort zum Betriebsrat: 'Herr Lineck, was ist los ?' Er wühlt in seinen Papieren. 'Ja, Sie hatten leider einen schlechten Prozentsatz beim Akkord.' 'Ja, jetzt, weil ich immer wieder was Neues anfangen mußte. Aber früher hatte ich immer gute Prozente ! Das ist doch auch in den Papieren !' 'Ach so, hmm. Aber Sie waren auch oft krank.' 'Was war ich ? 9x krank, davon zwei Geburten ! Wissen Sie, wielange ich schon bei Siemens bin ?' 'Hmm, fünf Jahre.' 'Was ? Ich denke, Sie haben meine Papiere ? Ich bin genau 8½ Jahre bei Siemens und dabei 9x krank.' 'Ach so, dann ist die Kündigung vielleicht doch nicht richtig.' 'Was heißt hier nicht richtig ? Sie haben doch selbst unterschrieben, Herr Lineck !' 'Ja, aber vielleicht könnten wir sie trotzdem zurücknehmen.' 'Nein, danke schön, ich möchte nicht mehr für Siemens arbeiten. Ich habe zwei Kinder und muß zu Hause bleiben. Aber eins möchte ich genau wissen. Kriege ich meine Jahresprämie oder nicht ? Ich habe 8 Jahre gearbeitet, das müßten etwa 500,- DM sein.' (Das war nämlich so: Die Prämie kriegt man Ende März und gekündigt haben sie mir am 6. März. Das ist der ganze Trick) Lineck: 'Ja, wenn Sie zu Hause bleiben, kriegen Sie die Prämie.' 'Gut, kann ich sie gleich haben ?' 'Ääh, nein, da brauchen Sie erst die Unterlagen fürs Lohnbüro.' 'Dann machen Sie sie halt fertig.' Ich gehe mit den Unterlagen zum Lohnbüro. Nichts. Ich wieder zu Herrn Lineck: 'Kann ich jetzt das Geld haben oder nicht ?' 'Tja, mal sehen, ich weiß nicht so genau Bescheid... Gehen Sie doch nochmals zum Lohnbüro.' Dort rückt der Lohnbüro-Chef mit der Sprache heraus: 'Tut mir leid, aber Herr Schmidtberger meint, daß Sie es nicht verdient haben. Aber kommen Sie am 2. Mai wieder.' Am 2. Mai wieder nichts. Ich wieder zu Herrn Lineck. Er hat ein Riesentheater gespielt. 'Tja, was sollen wir da machen ? Die Unterlagen sind verlorengegangen....! Aber vielleicht finden wir sie noch. Wir schicken Ihnen dann das Geld per Postanweisung.' Jetzt haben wir Oktober. Das Geld ist natürlich bis heute nicht da.

\- - - - - - - - - - - - - -

Ich habe 8½ Jahre bei Siemens gearbeitet und war 9x krank, davon 2 Geburten.

Das ist kein Kündigungsgrund !

Weil ich keine Arbeit hatte, habe ich mir die Beine vertreten. Das ist mein gutes Recht.

Das ist kein Kündigungsgrund !

In unserer Abteilung war ein Spion, der ist immer 'spazierengegangen'. Er hat oft gesagt: 'Ich muß für eine Stunde zum Frankfurter Ring.' Wiedergekommen ist er meist nach vier Stunden. Der wurde nicht rausgeschmissen...

AUDI-Ingolstadt

Arbeiterversammlung

Wir hatten am Montag, 29.11., bei AUDI Flugblätter verteilt, in denen wir die neuesten Betrugsmanöver der AUDI-Kapitalisten entlarvt haben. Diese hatten lauthals verkündet, dass die Produktion im Ingolstädter AUDI-Werk ab Mittwoch, 1.12., stillgelegt werden muss, weil durch die Streiks der Metaller von Nordbaden/ Nordwürttemberg keine Zulieferteile mehr nach Ingolstadt kommen.

Die Kapitalisten der anderen Fahrzeugbetriebe in München, Dingolfing, Kaiserslautern, Rüsselsheim, Düsseldorf, Köln, Kassel, Bochum, Salzgitter, Braunschweig, West - berlin, Wolfsburg, Hannover, Bremen, Hamburg und Emden (die Betriebe in Stuttgart, Sindelfingen, Heilbronn, Neckarsulm und Mannheim werden bestreikt) griffen zu denselben Metho-

Das ist nichts als ein hinterlistiger Betrug! Durch diesen Trick sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden:

Erstens soll ein Keil zwischen den streikenden Kollegen von Nordbaden - Nordwürttemberg einerseits, und den Fahrzeugbauarbeitern im restlichen Bundesgebiet andererseits getrieben werden. Es soll verhindert werden, dass eine einheitliche Kampffront aller Metaller in der Tarifrunde zustande kommt. Die IG-Metall unterstützt diesen Spaltungsversuch voll und ganz. Anstatt mit Streiks im ganzen Bundesgebiet auf die Stilllegungen zu antworten, lässt sie weiter die Arbeiter in nur einem Tarifbezirk in einem Streik für 7,5% ! ausbluten.

Zweitens wollen die Fahrzeugbau - bonzen durch Stillegung und Kurz-

wollen sie die Auswirkungen der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise abwälzen. Ein Beweis für die Überproduktionskrise bei der PKW-Produktion: Im Oktober 71 sind die Auftragseingänge im Vergleich zum Oktober 70 um fast 30 % zurückgegangen.

In unserem Flugblatt hatten wir zu einer Versammlung am Donnerstag, 2.12., eingeladen. Dort diskutierten wir nach einem kurzen Einleitungsreferat mit den anwesenden 20 Arbeitern und Arbeiterinnen über die Lage der 8500 ausgesperrten Arbeiter bei AUDI-Ingolstadt. Die Kollegen hatten den Betrug des Drei-Bundes Kapital, Staat, DGB-Apparat den wir am Beispiel der Stillegungen und dem Verlauf der Tarifrunde aufzeigten, klar erkannt.

auch Akkord. Die 3. Woche werde ich wieder versetzt und arbeite wieder System am Mikroskop. Aber nicht wie vorher, sondern viel pingeliger, mit winzigen Pinzetten und Feuer zum Aufweichen. Und das noch im Akkord. Meine Augen werden ganz rot und tränen. Ich gehe zum Meister und sage: 'Bitte sagen Sie mir, wo jetzt mein fester Platz ist. Ich möchte nicht eine Woche hier, eine Woche da sein. Und an diesem Platz kann ich nicht arbeiten, weil meine Augen kaputtgehen.' Der Meister antwortet: 'Ist mir doch wurscht. Ich habe nur diesen Platz für Sie.' Da habe ich natürlich geschimpft. Der Meister packt mich am Arm: 'Was haben Sie gesagt ? Gehen Sie sofort ins Büro !' – 'Warum, was soll ich im Büro ?' – 'Komm, komm !' schreit er und reißt mich wild am Arm. 'Nein !' rufe ich und bleibe sitzen. Dann kommt der Meister mit dem Herrn Schmidtberger zurück und fragt: 'Was ist mit Ihnen ?' 'Ich möchte nicht mehr am Mikroskop arbeiten, weil ich schon 7 Jahre am kroskop gearbeitet habe und weil meine Augen schlecht sind. Und dieses Mikroskop ist noch viel schlimmer als das alte.' 'Gut', sagt Herr Schmidtberger und bringt mich in den 3. Flur: Chemie. Da ist ein wahnsinniger Gestank und ich mußte mich gleich übergeben. Ich bitte Herrn Schmidtberger, an meinen alten Platz gehen zu dürfen. 'Das ist mir egal. Da gibt es keinen Platz mehr für Sie'. 'Aber früher war doch da Platz für mich und Sie haben mich immer gelobt, daß ich eine gute Arbeiterin bin.' 'Jetzt hören Sie doch endlich auf. Ich habe keinen anderen Platz für Sie.' Da bin ich sofort zum Betriebsrat Herrn Lineck, hin.

Ha, ein guuuter Betriebsrat: 'Ja, wo brennt's denn, Elisabeth ?' Er ist nämlich immer sehr galant.... 'Ich möchte endlich wissen, was mit mir los ist. Ich werde ständig hin und her geschubst und an meinem

ist. Und außerdem: 'Sie streiten immer mit einer Türkin.' – 'Was ist los ? Schauen Sie sich mal um ! In der ganzen Abteilung weit und breit keine Türkin !' 'Ist mir auch wurscht, hauen Sie endlich ab !' Ich renne sofort zum Betriebsrat. Da ist Frau ... und redet genauso um den heißen Brei wie Herr Lineck.

Nach 8 Jahren:

Gastritis und kranke Augen

Ich werde krank und bekomme Gastritis. Ich war einfach übernervös und durcheinander durch das ständige hin und her. Nach zwei Wochen kommt der Meister: 'Sie müssen jetzt Akkord machen !' Ich sage: 'Wieso ? In der ganzen Abteilung macht kein einziger Akkord.' 'Entweder Sie machen Akkord oder Sie fliegen aus dieser Abteilung !' Gut, ich gehe weg und wieder zu Herrn Schmidtberger, in meine alte Abteilung. Da ist sehr harter Akkord, aber da kenne ich mich aus, da schaffe ich den Akkord. Wie soll ich denn je viele Prozente kriegen, wenn ich mich jede Woche in etwas Neues einarbeiten muß ? Aber ich komme wieder an einen neuen Platz. Da werde ich wieder krank: Meine Operationswunde, meine kranken Augen, mein Magen – und dann die ganze Aufregung und Hetze. Ich muß zu Hause bleiben, nicht weil ich da faulenzen will. Ich habe einen Mann, zwei Kinder, muß kochen, putzen. Ich muß zu Hause bleiben, nicht weil ich mich vergnügen und durch die Straße flanieren will. Ich muß zu Hause bleiben, weil ich **krank** bin !

den. Zehntausende von Arbeitern sollen "stillgelegt" werden.

Bonzen durch Stillegung und Kurzarbeit ihre Riesenprofite retten. Auf dem Rücken der Arbeiterklasse

SPENDENAUFRUF

Liebe Roter-Morgen-Leser, Genossinnen und Genossen!

Der ROTE MORGEN, Verlag und Redaktion, danken Euch recht herzlich für die Unterstützung, die Ihr in dem zuendegehenden Jahr dem Zentralorgan in ideologischer, politischer, aber auch und gerade in materieller Hinsicht gegeben habt. Nur durch diese Unterstützung waren die großen Erfolge beim Ausbau unserer Zeitung im Jahre 1971 möglich, die Halbierung des Preises auf 0,50 DM, der Übergang vom monatlichen auf das vierzehntägige Erscheinen und die Verdopplung der Auflage.
Ihr wißt aber auch um die Schwierigkeiten, in der sich die Partei zur Zeit befindet. Der harte Kampf der proletarischen Linie gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Liquidatoren in der Partei ist nicht ohne Auswirkungen auf die finanzielle Grundlage unserer Zeitung geblieben (so weigerten sich die Liquidatoren z.B., den ROTEN MORGEN zu vertreiben).
Dies macht es notwendig, Euch zu bitten, Eure Anstrengungen beim Verkauf des ROTEN MORGEN und in materieller Hinsicht zu vervielfachen.
Der vorliegenden Ausgabe liegt eine achtseitige Sondernummer bei; diese zusätzliche Ausgabe entspricht der regulären ROTER MORGEN-Nummer vom 3. Januar. Die nächste Nummer wird dann am Montagn, den 17. Januar, erscheinen.
Wir wünschen Euch einen guten Start ins neue Jahr.
Kämpfen wir gemeinsam für die Bolschewisierung unserer Partei, der KPD/ML.

Rot Front!

Verlag und Redaktion
ROTER MORGEN

P.S. Die Nummer unseres Postscheckkontos ist:
E.Aust, Hamburg, Postschecknummer 26 27 67.

Wir waren uns einig, dass die IGM-Bonzen und der Staatsapparat vor keinem "fairen Kompromiss" – faulen Beschiss zurückschrecken, wenn es darum geht, die berechtigten Interessen der Arbeiterklasse unter den Tisch zu wischen. Wie sehr sich die IG-Metall und deren Betriebsräte für die finanzielle Notlage der ausgesperrten Arbeiter einsetzten, zeigt deren Stellungnahme (abgegeben, bevor bekannt war, ob die Arbeiter auch nur einen Pfennig Kurzarbeitergeld erhalten werden): Mit zwei Monatsgehältern in der Tasche dürfte die finanzielle Versorgung bis 15. Januar gesichert scheinen. Einigkeit bestand zwischen den Arbeitern und uns auch darin, dass die Lohnkämpfe unter dem Joch des Kapitalismus die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nur immer kurzfristig verbessern können, dass man sich deshalb organisieren und den Kapitalismus zerschlagen muss.

Ein Arbeiter meinte dazu: "Ich bin gegen den Völkermord, der immer wieder auf der Welt passiert. Auch wir sind vor einem neuen Krieg nicht sicher, wenn er den Kapitalisten in den Kram passt. Es gibt erst dann keinen Krieg mehr, wenn wir die Kapitalisten besiegt haben."

Zwei hohe D K P - Bonzen, Richard Scheringer, Präsidiumsmitglied und D K P, sowie Scheringer junior, Gebietssekretär, die wohl nachsehen wollten, ob zu unserem "linken Sektierehaufen" auch nur ein Arbeiter kommen würde, verzogen sich schon vor Beginn der Versammlung, ohne sich der Diskussion zu stellen. Kein Wunder, dass sie die Diskussion fürchten müssen, wie der Teufel das Weihwasser, denn in ihrer sogenannten Betriebszeitung hatten sie den Arbeitern von AUDI-NSU zur Tarifrunde empfohlen: "Sendet Protestentschliessungen an den Unternehmensverband (!!!) - Stärkt die Verhandlungsposition der IGM (!!!)."

Für uns war die Versammlung ein Erfolg, ein Schritt vorwärts im Kampf für den Aufbau einer starken Roten Betriebsgruppe der KPD/ML bei Audi und im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus, für die Diktatur des Proletariats.

Es lebe die Diktatur des Proletariats

Demonstration in Munchen

In den letzten Nummern des ROTEN MORGEN berichteten wir, daß der kapitalistische Staat einen schweren Schlag gegen die KPD/ML und ihre Jugendorganisation geführt hat. In Burghausen beschlagnahmte die Polizei Flugblätter der ROTEN GARDE mit der Begründung , sie seien verfassungswidrig und staatsgefährdend. Stein des Anstoßes war eine Stelle im Flugblatt, wo die Diktatur des Proletariats propagiert wurde.

Jawohl, die KPD/ML kämpft für die Diktatur des Proletariats. Denn diese muß das Kampfziel aller wahren Kommunisten sein, die nicht, wie die DKP, die Arbeiterklasse verraten und an die Klassenfeinde verkauft haben. Denn Diktatur des Proletariats heißt, daß die Arbeiterklasse die politische Macht in der Hand hat. Diktatur des Proletzriats heißt: Demokratie für die Werktätigen, Diktatur aber gegen die, die sie heute ausbeuten und knechten.

Kein Marxist-Leninist läßt sich einschüchtern durch die Drohungen des Kapitals. Die KPD/ML weicht keinen Schritt von diesem Kampfziel ab.

Gegen den unverschämten Angriff der Kapitalisten demonstrierte der Landesverband Bayern der KPD/ML. Hier ein Bericht kundgebung vor dem Innenministerium sprach nach den Rednern der anderen Organisationen Ernst Aust für die **KPD/ML.** Von allen Demonstrations-Teilnehmern wurde er mit begeistertem Beifall begrüßt, seine Rede wurde immer wieder von Beifall unterbrochen. Er sagte: "Die DKP steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir stehen nicht darauf, wir kämpfen für den Sozialismus. ...Genossen, wir können das Verbot der **KPD/ML** nicht verhindern, aber es wirkungslos machen." Das gelingt uns nur dann, wenn wir die Partei von Revisionismus und Opportunismus freimachen, wenn die Partei den ideologischen Kampf richtig führt und so zu einer wahrhaft bolschewistischen Partei wird."

Das Kapital fordert unser Verbot - wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!



Leserbrief

Genossen, ich schicke Euch folgende Notiz für den ROTEN MORGEN

Solidaritatsschreiben der Roten Garde Munchen

An das rechtmäßige ZK der KPD/ML
An die Delegierten des 2. Parteitags der KPD/ML

Als wir die Nachricht von der Spaltung der KPD/ML auf der 2. Sitzung des 2. Parteitags hörten, verbreitete sich zunächst Schrecken und Verwirrung. 'Spaltung der Partei - Schwächung der Vorhut des Proletariats - Auflösung der Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML.

Als sich in der Diskussion mit dem berichtenden Genossen über die Vorgeschichte der Spaltung, des Putschversuchs, des bewußt liquidatorischen Verhaltens der 'Genossen' herausstellte, daß der Auszug der Delegierten von Wasserkante und Bayern unumgänglich war, gewannen wir mehr und mehr das Bewußtsein, daß der Auszug der Delegierten nicht eine Schwächung der Partei, sondern eine Stärkung, nicht die Auflösung der Partei, sondern die konsequente Vertretung der richtigen Ideen der Partei war. Mit Leuten, die meinen die KP gibt es überhaupt nicht, oder sie sei garnicht nötig, einen gemeinsamen Parteitag abzuhalten, hätte bedeutet, die Partei aufzulösen und sich von den richtigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus loszusagen und die Arbeiterklasse zu verraten.

So sehr wir das rechtmäßige ZK bei seinem sicher nicht leichten Entschluß, aus dem Parteitag auszuziehen, unterstützen, so können wir ihm doch nicht eine schwerwiegende Kritik ersparen. Wie war es möglich, daß es soweit kommen konnte? Selbst wenn die KPD/ML eine junge Partei ist, selbst wenn es klar ist, daß wir noch viele Fehler machen, heißt das denn, daß wir automatisch jahraus, jahrein die gleichen Fehler machen (Vernachlässigung des ideologischen Kampfes, Liberalismus gegenüber Abweichungen) und nach jedem größeren Krach feststellen: wieder dieselben Fehler haben der Partei großen Schaden zugefügt?

Genossen vom ZK, Delegierte, wenn ihr durchdrungen seid vom Geist der aufrechten Selbstkritik, vom ehrlichen revolutionären Willen, die Partei durch die folgenden Taten stark zu machen gegen die Angriffe der Bourgeoisie von außerhalb und innerhalb der Partei, nur dann können wir die ideologischen und organisatorischen Grundlagen für den richtigen Parteiaufbau sichern und die ehrlichen Mitglieder, die von ihren Landesleitungen verraten wurden, zurückgewinnen.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß das ZK und der Parteitag in diesen Sinne den richtigen Weg beschreiten wird und haben uns selbst vorgenommen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen, daß die Partei einen neuen Aufschwung nimmt bei der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, der Führung des deutschen Proletariats zum Sozialismus.

ES LEBE DIE EINHEIT ALLER EHRLICHEN MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!

der Münchner Genossen.

Am Samstag, den 11. 12. 71 gingen in München etwa 500 Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf des Landesverbandes Bayern der **KPD/ML** und dreier anderer revolutionärer Organisationen. In Bussen hatten viele bis zu 300 km zurückgelegt, um bei der Demonstration dabeizusein.

Der konkrete Anlaß dieser Demonstration war der kürzlich in Burghausen vom Staatsapparat verübte Anschlag gegen die **Rote Garde.**

Die Demonstration richtete sich gegen Faschisierung und Kriegstreiberei, gegen die Verfolgung marxistisch-leninistischer und demokratischer Kräfte.

Unsere Parolen waren:

Weg mit dem KPD-Verbot!

Weil unser Kampf ihre Herrschaft bedroht, schreien sie nach unserem Verbot.
Bonn plant Faschismus und Krieg
Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg!
Alle Macht im Staat dem Proletariat!
Diktatur des Proletariats ist: Demokratie für die Werktätigen, Diktatur für die Ausbeuter.

Die Demonstration fand unter der werktätigen Bevölkerung großen Anklang. Fäuste wurden gehoben, Passanten riefen 'Nur so weiter'. Bei der Schluß-

Die Marxisten-Leninisten haben die Konsequenz gezogen: sie haben sich von den Opportunisten und Liquidatoren getrennt. Uns ist dieser Schritt klar, wir wissen, warum wir eine starke bolschewistische Partei brauchen: für den Sieg der Arbeiterklasse, für die Diktatur des Proletariats, für den Aufbau des Sozialismus. Und allen, die sich aus opportunistischen Gründen von der Partei getrennt haben, sei folgendes Gedicht von Bert Brecht ins Stammbuch geschrieben:

Wer aber ist die Partei?
Sitzt sie in einem Haus mit Telephonen?
Sind ihre Gedanken geheim,ihre Entschlüsse unbekannt?
wer ist sie?

Wir sind sie.
Du und ich und ihr - wir alle.
In deimen Anzug steckt sie, Genosse,und denkt in deinem Kopf.
Wo ich wohne,ist ihr Haus,und wo du angegriffen wirst, da kämpft sie.

Zeige uns den Weg, den wir gehen sollen, und wir
Werden ihn gehen wie du, aber
Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg
Ohne uns ist er
Der falscheste.
Trenne dich nicht von uns!
Wir können irren und du kannst recht haben, also
Trenne dich nicht von uns!

Daß der kurze Weg besser ist als der lange,das leugnet keiner
Aber wenn ihn einer weiß
Und vermag ihn uns nicht zu zeigen,was nützt uns seine Weisheit
Sei bei uns weise!
Trenne dich nicht von uns!

Genosse Mao lehrt uns, daß der aktive ideologische Kampf die Waffe in den Händen der Kommunisten ist, mit der die Einheit innerhalb der Partei hergestellt wird. Wir müssen in noch viel, viel stärkerem Maße zu dieser Waffe greifen! Werden wir dies tun, so werden wir sowohl unsere eigenen Fehler ausmerzen können, als auch jene, die sich aus Opportunismus den Liquidatoren angeschlossen haben, davon überzeugen können, daß die Kommunistische Partei keine Seifenblase ist, sondern der Vortrupp der Arbeiterklasse.

Mit kräftigem Rot Front

A. S.

ES LEBE DER SIEG DER DIKTATUR DES PROLETARIATS!

Beschluß der UN-Vollversammlung

Die „Volkszeitung" brachte am 28. Oktober einen Leitartikel unter der Überschrift „Der Lauf der Geschichte ist unaufhaltsam." Der Leitartikel hatte folgenden Wortlaut:

Auf der 26. Sitzung der UN-Vollversammlung wurde am 25. Oktober die sogenannte „wichtige Frage", der Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten, abgewiesen, und der Resolutionsentwurf, der von Albanien, Algerien und 21 anderen Ländern eingebracht worden war und in dem die Wiederherstellung aller gesetzmäßigen Rechte der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen und der sofortige Ausschluß der Tschiangkaischek-Clique aus den Vereinten Nationen gefordert wurde, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Hierdurch wurde offensichtlich, welchen grenzenlosen Bankrott die USA mit ihrer imperialistischen Politik, China weiterhin seiner legitimen Rechte in den Vereinigten Nationen zu berauben, und mit ihrem imperialistischen Plan, „zwei China" zu schaffen, in dieser Organisation erlitten haben. Dies war ein Sieg für all die Länder, die in den Vereinten Nationen die Gerechtigkeit unterstützen, und ein Sieg für die Völker der ganzen Welt.

Viele Jahre lang haben zahlreiche befreundete Länder unermüdliche Anstrengungen unternommen, damit Chinas legitime Rechte in den Vereinten Nationen wiederhergestellt werden. Auf der gegenwärtigen UN-Vollversammlung sprachen die 23 unterzeichnenden Länder der Resolution – Albanien, Algerien, Birma, Ceylon, Kuba, Äquatorialguinea, Guinea, Irak, Mali, Mauretanien, Nepal, Pakistan, die Demokratische Volksrepublik Jemen, die Volksrepublik Kongo, Rumänien, Sierra Leone, Somalia, der Sudan, Syrien, die Vereinigte Republik Tansania, die Arabische Republik Jemen, Jugoslawien und Sambia – sowie viele andere befreundete Länder aus einem Sinn für Gerechtigkeit und anerkannten Prinzipien heraus und leisteten damit unserem Land wertvolle Unterstützung. Wir danken allen Regierungen und Völkern, die in diesem Kampf die Gerechtigkeit unterstützt haben, herzlich.

Fortsetzung S. 7

DER BEFREIUNGSKAMPF DER ALBANISCHEN FRAU

In Nummer 13 des ROTEN MORGEN wurde berichtet, wie die albanische Frau in den ersten Reihen der Nationalen Befreiungsfront gegen die Faschisten, die Landesverräter und für den Sieg der Volksrepublik gekämpft hat. Wir müssen uns fragen, warum die albanischen Frauen und Mädchen so zahlreich, entschlossen und erfolgreich diesen Kampf führten. Um das zu verstehen und Lehren daraus zu ziehen, müssen wir historisch-materialistisch die Lage der Frauen in Llbanien untersuchen und die Rolle der Kommunistischen Partei.

Fragt man heute eine albanische Frau, wie sie ihre Erfolge errungen hat, so antwortet sie: 'Wir waren immer unterdrückt. Die Kommunistische Partei hat uns geholfen. Sie hat uns den richtigen Weg gezeigt, so hat der Kampf für unsere Rechte Erfolg gehabt.

Im Verlauf der Jahrhunderte haben die albanischen Frauen immer wieder an der Seite ihrer Männer für die Verteidigung ihres Landes, ihres Volkes, ihrer Familien und ihrer Ehre gekämpft. Dieser Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit war für sie zur gleichen Zeit ein Kampf für ihre Rechte. Aber ihre Freiheit und ihre Rechte konnten die albanischen Frauen erst vollständig mit dem Sieg der Volksrevolution 1944 erlangen. Das Beispiel Albanien zeigt ein weiteres Mal, dass allein die Befreiung eines Volkes von **jeder** Art Unterdrückung und Ausbeutung die Probleme der Frau grundlegend lösen kann. Erst dann kann die Frau wirklich die gleichen Rechte wie der Mann in allen Bereichen erlangen und auch tatsächlich praktizieren: in der Politik, Wirtschaft, Kultur und im sozialen Bereich.

Diese Wahrheit musste die KP Albaniens bei den Frauen propagieren und sie so für ihr Programm der nationalen und sozialen Befreiung, mit dem Ziel der Errichtung der

In der bürgerlichen Demokratie

Im 19. Jahrhundert entstand in Albanien eine Bewegung zur nationalen Befreiung, 'Nationale Renaissance' genannt. Sie liess sich von demokratischen Ideen leiten und hatte zum Ziel die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, die nur mit der Waffe in der Hand erlangt werden konnte. Um ihr Ziel zu erreichen und das Volk in den Kampf zu führen, propagierten die Patrioten der 'Renaissance' die nationale Idee, den Kampf für die Einführung der albanischen Sprache an den Schulen und besonders auch die Emanzipation der Frau, die Forderung nach ihrer Allgemeinbildung, für eine breite Teilnahme der Frauen am politischen, kulturellen und sozialen Leben. Die Frauen griffen diese Ideen und Forderungen auf und begannen eine wichtige Rolle bei der Lösung der Probleme des Landes zu spielen. Die Bewegung fand ihren Höhepunkt im Volksaufstand gegen die türkischen Besatzer 1909 - 1912, an dem die Frauen aktiv teilnahmen, hatten sie doch nur so eine Aussicht, ihre Rechte zu erlangen. Der Befreiungskampf war siegreich und endlich konnten die Fremdherrscher vertrieben werden. Die fortschrittlichsten Vertreter der Bewegung führten Albanien auf den Weg der bürgerlich-demokratischen Entwicklung. Aber dies wurde nahe-

Davon arbeiteten einige in den wenigen Fabriken oder kleinen Handwerksbetrieben, meistens 14-16 jährige Mädchen mit 10-stündiger Arbeitszeit zu niedrigsten Löhnen. Einige arbeiteten als Taglöhner in der Landwirtschaft oder als Dienstmädchen in den reichen Familien. Die übergrosse Mehrheit der Frauen - obwohl sie in grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten lebten - konnten sich nur mit ihrem Haushalt beschäftigen. Die Arbeit ausserhalb war nicht nur selten (wegen der völlig unterentwickelten Wirtschaft Albaniens), sondern wurde auch als eine Schande betrachtet.

Man muss also klar sehen: der Frau waren Rechte zuerkannt worden, aber nur der Form halber und in Wirklichkeit blieb ein grosser Teil ihrer Rechte toter Buchstabe, denn sie kam gar nicht dazu, diese Rechte auszuüben und zu geniessen. In der albanischen Gesellschaft war zu dieser Zeit der Einfluss der alten Sitten, das Erbe der langen türkischen Besatzungszeit, äusserst stark. Letzten Endes waren das feudal-bürgerliche Zogu-Regime und die herrschenden Kreise gerade daran interessiert, dass Unwissenheit und Obskurantismus weiterhin stark blieben, denn dadurch konnten sie die Volksmassen noch besser betrügen und beherrschen. Das Zogu-Regime wandte die demokratischen Freiheiten nie zugunsten des Volkes an und die tatsäch-

Beschluß der UN-Vollversammlung

Die Abstimmung auf der UN-Vollversammlung spiegelt die allgemeine Tendenz und das Verlangen der Völker nach Freundschaft mit dem chinesischen Volk wider. Dies ist eine Tendenz im Lauf der Geschichte, die keine Macht auf Erden zurückhalten kann.

Daneben spiegelt die Abstimmung auf der UN-Vollversammlung auch den Widerstand und die Opposition immer mehr Länder gegenüber den grausamen Handlungen des US-Imperialismus, der anderen seinen Willen aufzwingt, wider. Es wird für eine oder zwei Supermächte immer schwieriger, die Vereinten Nationen zu manipulieren und dort eine Monopolstellung einzunehmen.

schwerste Niederlage der USA in der Geschichte der Vereinten Nationen gehalten wurde".

Die reaktionäre Sato-Regierung Japans hat sich geflissentlich darum bemüht, dem US-Komplott, „zwei China" in den Vereinten Nationen zu schaffen, zu dienen. Unter Mißachtung der starken Opposition der japanischen Bevölkerung aller Schichten machte sie Japan nicht nur zum Unterzeichner des amerikanischen Resolutionsentwurfs, sondern warb auch eifrig um Stimmen für diese Resolution. Doch all ihre Anstrengungen waren vergebens: Sie entblößte nur noch klarer ihren häßlichen Charakter und ihre hartnäckige Feindschaft gegenüber dem chinesischen Volk.



mit dem Ziel der Errichtung der Volksmacht, begeistern.

Entwicklung. Aber dies wurde nahezu unmöglich gemacht durch die Balkan-Intrigen und Angriffe der imperialistischen Weltmächte, die den 1. Weltkrieg vorbereiteten.

des Volkes an und die tatsächliche Emanzipation der Frau war unmöglich.

Die albanische Frau in der Türkenzeit

Die Geschichte der Unterdrückung der albanischen Frau und des Kampfes um ihre Rechte konnte diese Wahrheit beweisen:
Die Unterdrückung der albanischen Frau vom 14. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts war direkter Ausfluss der türkischen Fremdherrschaft. Die Frau war die Sklavin der Familie und der Gesellschaft. Die türkische feudal-militärische Ordnung, die in Albanien eingeführt wurde, brachte dem ganzen Volk, besonders aber den Frauen, grosses Unglück. Die Frau war dem Mann untertan und wurde wie ein Haushaltsgegenstand behandelt. Sie war praktisch im Hause eingekerkert und nahm nicht am gesellschaftlichen Leben teil. Hausarbeit und Kinderaufzucht waren ihre Aufgaben. Wenn sie aus dem Haus ging, musste sie sich schwarz verschleiern. Die türkischen Besatzer zwangen grosse Teile der Bevölkerung zum Islam. Diese Religion, die bald 65% der Bevölkerung umfasste, war wiederum eine schwere Last für die Frau Sie musste heiraten, ohne vorher ihren zukünftigen Ehemann gesehen zu haben, hatte keinerlei Recht, ihre Wünsche zu äussern, schon gar nicht einen Mann anderer Religion zu heiraten, bei dem das Leben vielleicht ein wenig leichter gewesen wäre. (Der Mann durfte natürlich eine Frau anderer Religion heiraten). Laut Koran durfte der Mann bis zu 4 Ehefrauen haben und sie wann immer es ihm beliebte, wegschicken. Die Scheidung wurde sofort genehmigt, wenn der Mann es wünschte, es genügte eine einseitige Erklärung seinerseits ohne jede Begründung. Das 'Elternrecht' lag allein beim Mann. Wenn die Frau weggeschickt wurde, hatte sie kein Recht mehr auf Erziehung ihrer Kinder. Das Erbrecht sprach dem Mann je das Doppelte zu wie der Frau und wenn die ersten Erben nur Frauen waren, ging das Erbe an die männlichen Erben zweiten Grades.

Im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution gab es trotzdem einen Teilsieg für die albanische Frau durch die Einführung des Bürgerrechts. Die Polygamie wurde verboten, die kirchliche Heirat war nicht mehr vollgültig, die standesamtliche wurde Pflicht. Die Frau erhielt das Recht auf Scheidung und Ehe mit einem Mann anderer Religion. Aber wie bei allen bürgerlich-demokratischen Gesetxen war damit noch längst nicht die wirkliche Befreiung erkämpft. Der Mann war weiterhin das Familienoberhaupt, die Frau musste ihm folgen, wenn er umziehen wollte, musste seinen Namen übernehmen und seine seine Nationalität. Vor allem musste der Mann seine Zustimmung geben, wenn die Frau einem Beruf nachgehen wollte.

Vor Vollendung des 20. Lebensjahres musste bei Heirat die Einwilligung der Eltern geholt werden, wenn es Widerspruch zwischen Vater und Mutter gab, galt die Meinung des Vaters. Der Ehemann hatte das Recht, das Vermögen seiner Frau zu verwalten und darüber zu bestimmen. Das Bürgerrecht hatte zwar die Gleichberechtigung proklamiert, aber in den einzelnen Punkten zeigte es sich, dass die Gleichberechtigung rein formal blieb.

Diese Lage, die klar die minderwertige Position der Frau in der Familie, im Privatleben und im Gesetz aufzeigt, war eine Widerspiegelung der sozialen Ordnung, der sozialen Ungleichheit einer feudal-bürgerlichen Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der Volksmassen durch eine winzige privilegierte Minderheit beruht. Diese Lage wie die gesamte damalige Gesetzgebung widerspiegelte die Beziehung zwischen den Klassen, wo die Frauen unter der schweren Last einer doppelten Ungleichheit litten: auf der einen Seite wie die Mehrheit des Volkes litten sie unter dem Joch der feudal-bürgerlichen Ausbeutung, und auf der anderen Seite unter ihren Beziehungen zum Mann unter der Ungleichheit und Minderwertigkeit, die eben gerade Bestandteil der damaligen allgemeinen sozialen Ordnung waren. Die Rolle der Frau in der Wirtschaft war unbedeutend: 1938 gab es lediglich 668 werktätige Frauen in den verschiedenen (wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen) Bereichen.

Befreiung durch die Volksrevolution

Und genau dies war der Grund, warum in Albanien der Kampf für die sozialen Rechte der werktätigen Massen und der Frauenmassen weiterhin auf der Tagesordnung blieben. Und die Frauen konnten diese ihre Rechte eben nur erlangen im Rahmen des sozialen Befreiungskampfes gegen das feudal-bürgerliche Zogu-Regime. Daraus erklärt sich, warum die fortgeschrittensten Frauen die demokratischen und kommunistischen Ideen aufnahmen, die unter dem Einfluss der Grossen sozialistischen Oktoberrevolution in Russland nach Albanien vordrangen und in den Dreissiger Jahren stark propagiert wurden. Als logische Konsequenz standen die Frauen 1939 nach der Besetzung des Landes durch die Faschisten beim Widerstand und dem Volksaufstand unter Führung der Kommunistischen Partei an der Seite der albanischen Männer. In dieser Hinsicht hatte die Partei sich den Leitsatz Lenins zu eigen gemacht: 'Es kann keine sozialistische Revolution geben ohne die relativ breite Teilnahme der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Frauen.'

Die albanischen Frauen waren sich bewusst, dass gleichzeitig mit der Befreiung des Landes vom faschistischen Joch, gleichzeitig mit dem Sieg der Volksrevolution und im Rahmen dieser Revolution auch ihre Probleme gelöst wurden, ihr politisches, wirtschaftliches und soziales Problem. Dies erklärt, warum die Frauen und besonders die jungen Mädchen an der Seite ihrer Männer und Brüder, in den ersten Reihen der antifaschistischen Demonstrationen und der Partisanenarmee standen, wie sie eine mächtige Stütze des nationalen Befreiungskampfes wurden.

*



China ist eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen. Nachdem das chinesische Volk die reaktionäre Herrschaft der Tschiangkaischek-Clique 1949 stürzte und die Volksrepublik China gründete, ist es sowohl natürlich als auch rechtmäßig, daß die Regierung der Volksrepublik China, die einzige legale Vertretung Chinas, ihren legitimen Sitz in den Vereinten Nationen hat. Dennoch aber war China in den letzten zwanzig und mehr Jahren seiner legitimen Rechte durch die ungerechtfertigte Obstruktion des US-Imperialismus beraubt. In diesem Jahr taten sich die Vereinigten Staaten erneut mit Japan zusammen, um zwei lächerliche Resolutionsentwürfe vorzulegen, mit denen vergeblich versucht wurde, in den Vereinten Nationen eine Situation mit „zwei China" zu schaffen. Um diesen Plan durchzuführen, nahmen sie zu verschiedenen Tricks Zuflucht, die darauf abzielten, die Tschiangkaischek-Clique in den Vereinten Nationen zu behalten. Aber alle Anstrengungen der Vereinigten Staaten waren nutzlos: nur erbärmlich wenige Länder hängten sich an ihre Fersen. Eine ihrer Resolutionen wurde abgewiesen, die andere wurde annulliert, nachdem der Resolutionsentwurf Albaniens, Algeriens und 21 weiterer Länder angenommen worden war. Damit haben die Vereinigten Staaten eine große Blamage erlitten. Sogar die US-Nachrichtenagentur erklärte, daß „dies für die

Wie bekanntgegeben wurde, sind die Vertreter der Tschiangkaischek-Clique aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen worden. Doch der US-Imperialismus hält immer noch gewaltsam Chinas Provinz Taiwan besetzt. Die amerikanischen und japanischen Reaktionäre verbreiten weiterhin den Unsinn, daß „der Status Taiwans noch bestimmt werden muß". Mit ihrer stillschweigenden Einwilligung und Unterstützung hat eine Handvoll von Elementen, die versuchen, „ein unabhängiges Taiwan" zu schaffen, zügellose Aktivitäten entfaltet. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die amerikanischen und japanischen Reaktionäre ihre Manöver intensivieren, deren Ziel es ist, durch Vorantreiben der sogenannten „Unabhängigkeitsbewegung Taiwans" den fruchtlosen Versuch zu unternehmen, die Provinz Taiwan von China abzutrennen. Solange die amerikanischen und japanischen Reaktionäre ihren Plan weiterverfolgen, wird das chinesische Volk nicht einen einzigen Tag lang seinen Kampf gegen die Pläne, „zwei China" oder „ein China, ein Taiwan" zu schaffen, einstellen. Das chinesische Volk ist entschlossen, sein geheiligtes Territorium Taiwan zu befreien! Taiwan wird mit Sicherheit in den Schoß des Mutterlandes zurückkehren! -he-

✶

Fortsetzung von S. 4

HÄNDE WEG VON CHINA

DIE "VOLKSREPUBLIK"

BANGLA - DESH

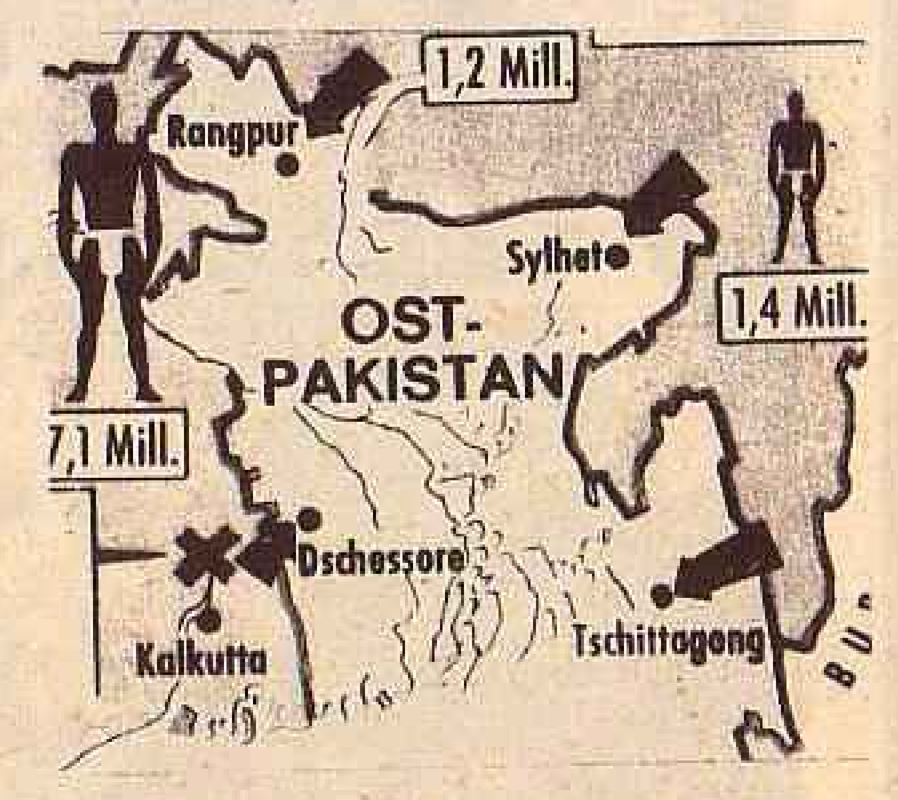
Um das zu verhindern, um den Ruf eines "Befreiers von Bengalen" aufrechtzuerhalten, liess Indien am 6.12." die "Volksrepublik Bangla-Desh" ausrufen. Die militärische Einmischung in die innere Angelegenheit eines anderen Staates wurde nun noch verbunden mit der offenen Verhöhnung des bengalischen Volkes. Denn nie und nimmer is dieser neue Staat von Indiens und der Sowjetunion Gnaden eine 'Volksrepublik'! Darüber kann auch die geplante Verstaatlichung des Bodens nicht hinwegtäuschen. Genausogut könnte man behaupten, die Bundesrepublik sei ein sozialistischer Staat, weil das VW-Werk zum Teil staatlich ist.

Denn wer besitzt in Bangla-Desh die Macht im Staat? Etwa das bengalische Volk? Natürlich nicht, dieser Krieg slllte ja gerade ein Mittel dazu sein, den Freiheitswillen des bengalischen Volkes zu zerstören und die revolutionäre Naxalitenbewegung zu zerschlagen. Niemand kann ernsthaft glauben, dass der indische Staat, der selbst die indischen Völker unterdrückt und an die Imperialisten verschachert, für die Befreiung eines fremden Volkes kämpft.

Die politische Macht in Bangla-Desh liegt nach wie vor in Hand der nationalen Bourgeoisie und der Grossgrundbesitzer. Unter diesen Voraussetzungen ist die "Verstaatlichung " des Bodens ein Witz! Der Grundbesitz fällt damit nicht in die Hand des Volkes, sondern er bleibt vollkommen im Besitz der herrschenden Ausbeuterklassen.

Die Bezeichnung "Volksrepublik " bleibt also ein leeres Wort, eine sozialistische Revolution findet nicht statt. Dem bengalischen Volk soll Sand in die Augen gestreut das Anwachsen der revolutionären Naxaliten - Bewegung mit solchen faulen Tricks verhindert werden.

Grenzübergriffe der indischen Aggressoren auf pakistanisches Gebiet (Pfeile).



Die sowjetischen Sozialimperialisten streben nach Weltherrschaft

DIE SOWJETUNION VERLETZT DIE PRINZIPIEN SOZIALISTISCHER AUSSENPOLITIK

Ohne die massive propagandistische und militärische Hilfe der sowjetischen Sozialimperialisten hätte Indien seinen Angriffskrieg gegen Pakistan nicht durchführen können.

Die Sowjetführer, die die Volksrepublik China immer wieder beschuldigten, sie verletze die Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, (d.h. das Prinzip, sich niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen), und provozieren damit einen neuen Weltkrieg, diese Sowjetunion mischt sich, wieder einmal ganz offen in die Angelegenheiten anderer Staaten ein, hetzt ganze Länder gegeneinander auf, liefert Waffen für die daraus entstehenden Kriege.

1963, als die Volksrepublik China den Modernen Revisionismus der Neuen Kreml-Zaren entlarvte, hatte die verräterische Führung der KPdSU behauptet, "die Friedliche Koexistenz ist die gebieterische Forderung des Zeitalters", dieses Prinzip müsse zum "grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft werden" und die Imperialisten seien vernünftig geworden und hätten die Notwendigkeit der Friedlichen Koexistenz erkannt.

1963 haben die sowjetischen Revisionisten mit dieser lächerlichen Behauptung, die Imperialisten wünschten die Friedliche Koexistenz, die Lehre vom Klassenkampf verraten.

Heute sind sie selbst der beste Beweis dafür, dass die Imperialisten auf den Krieg nicht verzichten können, dass sie keinen Wunsch nach friedlicher Koexistenz haben.

Bereits im Frühjahr unterstützte die Sowjetunion die Einmischung Indiens in den pakistanischen Bürgerkrieg.

Im August wurde der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag abgeschlossen, den die Volksrepublik China schon damals entlarvte als ein Machwerk, das der Kriegsvorbereitung Indiens neuen Auftrieb gab. Indien erhielt Waffen von der Sowjetunion, um den Krieg möglichst lange ausyudehnen und Ostpakistan annektieren zu können.

Im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen verhinderte die Sowjetunion mit ihrem Veto eine Resolution, die Indien zur Einstellung des Kampfes aufforderte. In der UNO-Vollversammlung stimmte Russland ebenfalls dagegen.

Mehr noch als alle anderen aber furchten die sowjetischen Sozialimperialisten die Volksrepublik China. Durch Lüge und Gewalt haben sie die früher sozialistische Sowjetunion wieder auf den Weg des Kapitalismus zurückgetrieben. Was dann, wenn die russischen Völker sich nun gegen die neuen Unterdrükker erheben, die nur in Worten sozialistisch, in Taten aber imperialistisch sind? Was dann, wenn die um ihre Freiheitkämpfenden russischen Volksmassen im sozialistischen China ihren natürlichen Verbündeten sehen?

Deshalb treiben die Sozialimperialisten seit Jahren eine kriegstreiberische Politik gegen die Volksrepublik. An der sowjetisch-chinesischen Grenze sind Waffen stationiert, deren Unterhalt fast ebensoviel kostet wie der Vietnamkrieg. Mit dem Bonn-Moskau-Vertrag haben sie sich den Rücken frei gemacht für den geplanten Krieg gegen China. Nun versuchen sie, durch Kollaboration mit den indischen Aggressoren die Einkreisung Chinas zu vollenden.

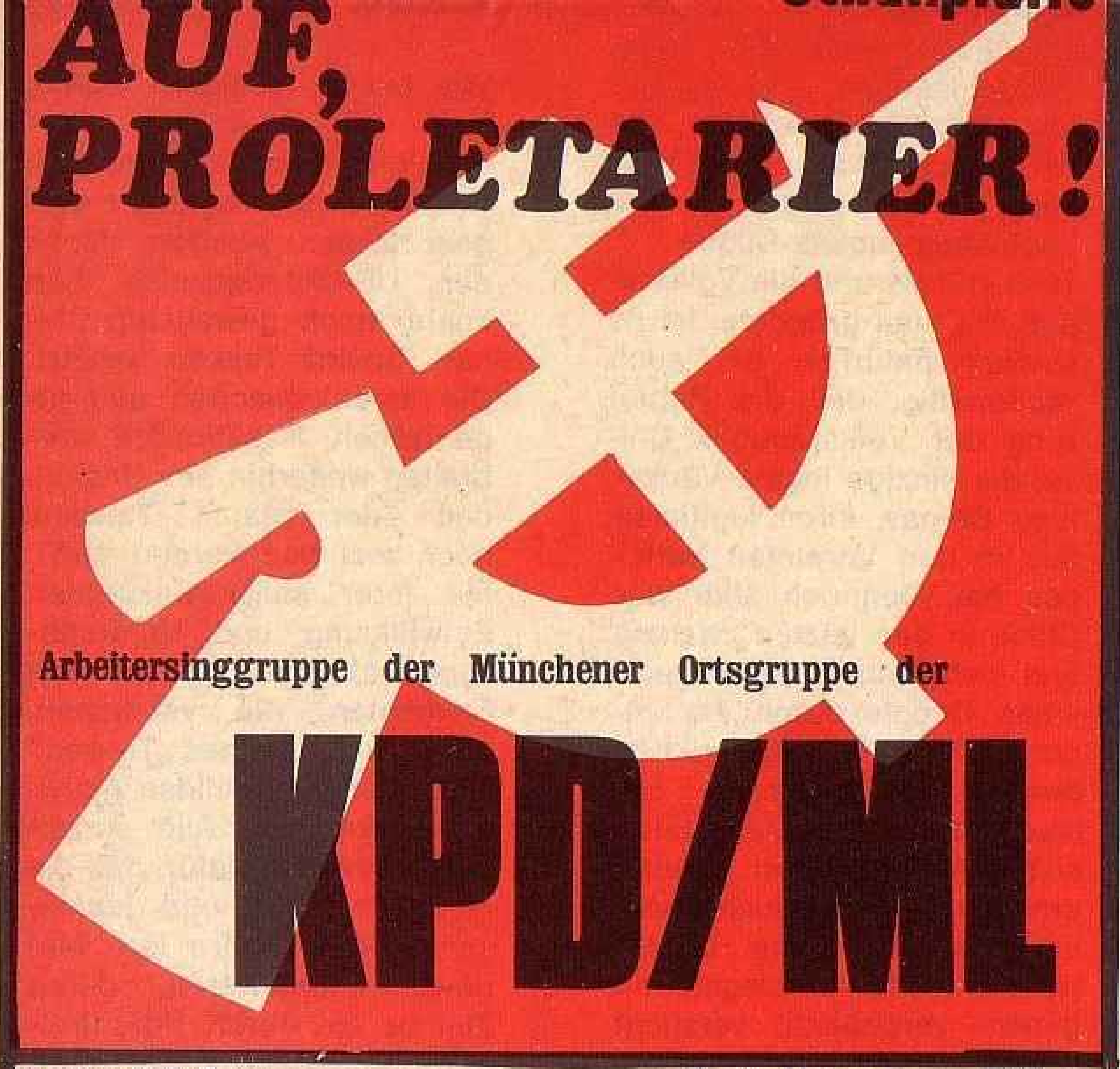
Um dieses verbrecherische Ziel zu erreichen, ist den Sozialimperialisten jedes Mittel recht. Sogar der Verrat an einem freiheitsliebenden Volk.

Wie kann diese Clique von Verrätern es wagen zu behaupten, China liefere nun "den Beweis, dass der chinesischen Führung das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegung und die Interessen des antiimperialistischen Krieges gleichgültig seien"? (Tass)

Das ist eine elende Lüge, die auf die Sowjetunion zurückschlägt.

Die VR China betreibt eine korrekte Politik

Schallplatte



Preis: DM 6,-- Bestellnummer: 680

Inhalt:

Seite A:	Seite B:
Thälmann - Lied	Auf, Proletarier
Wir schützen das Rote China	Die Internationale
Völker der Welt (albanisches Partisanenlied)	

Texte liegen bei

Bestellungen an:

ZENTRALER
LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto
Hamburg 3217 30

WIR VERTEIDIGEN DAS ROTE CHINA!

Wir hassen euch, ihr Drohnen,
ihr Herrn von Fabriken und Bank,
ihr Räuber der Nationen,
wir sind euer Untergang!
Und richtet ihr die Gewehre
gegen die Volksrepublik,
dann rüsten Rote Heere
und brechen euch das Genick!

Die russischen Genossen
schlugen ihre Henker tot.
Viel Blut wurd da vergossen,
doch ein Sechstel der Erde war rot!
Und richtet ihr die Gewehre
gegen die Volksrepublik,
dann rüsten Rote Heere
und brechen euch das Genick!

Und die Proleten waren
die Herrn von Fabriken und Schacht
da kamen die Neuen Zaren,
zerschlugen die Arbeitermacht!
Nun richten sie die Gewehre
gegen die Volksrepublik.
Doch Lin Biaos Heere
brechen ihnen das Genick!

Die Panzer läßt Breshnew rollen,
Nixons Bomber stehn in DaNang!
Was beide sehnlichst wollen,
ist Volkschinas Untergang.
Und richten sie die Gewehre
gegen die Volksrepublik,
dann rüsten Rote Heere
und brechen ihnen das Genick!

Wieviele sie auch erschossen,
sie bekommen bald ihren Lohn!
Die Parole heißt, Genossen:
Haupttendenz ist Revolution!
Und richten sie die Gewehre
gegen die Volksrepublik,
dann rüsten Rote Heere
und brechen ihnen das Genick!

Es schwören die Rotgardisten
den Nixon, Breshnew und Brandt:
Unsere Antwort als Kommunisten
Klassenkampf im eigenen Land!
Wollt ihr die Gewehre laden,
zieht ihr gegen China ins Feld,
stehn wir auf Barrikaden
mit allen Völkern der Welt!

(enthalten auf der Schallplatte
AUF PROLETARIER...)

Schamlos benutzten die sowjetischen Sozialimperialisten die indischen Aggressoren für ihre eigene Grossmachtpolitik.

Schamlos unterstützten sie die indisch-ostpakistanischen Kriegsreiber gegen den Freiheitskampf des bengalischen Volkes.

Über Hunderttausende von Toten, über die kriegerischen Verwüstungen weiter Gebiete, über Terror und Völkermord wollen die Sozialimperialisten ihr Ziel erreichen: die imperialistische Vormachtstellung der Sowjetunion in Asien und die Einkreisung der Volksrepublik China.

DIE SOZIALIMPERIALISTEN WOLLEN CHINA VERNICHTEN

Nachdem die USA in Asien auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitten hat nachdem die Niederlage in Vietnam offenkundig ist, versuchen nun, die sowjetischen Sozialimperialisten in Asien Fuss zu fassen und die Stelle des Feindes Amerika einzunehmen.

Deshalb haben sie sich mit den herrschenden Ausbeuterklassen in Indien und Ostpakistan verbündet. Sie wollen Absatzmärkte, Rohstoffquellen und politische Einflussgebiete gewinnen.

Ihr Hauptziel aber ist die Einkreisung der sozialistischen Volksrepublik China. Wie alle Imperialisten, so haben auch die sowjetischen Sozialimperialisten vor niemandem mehr Furcht als vor den beiden sozialistischen Staaten, China und Albanien. Sie sind ihre Hauptfeinde, denn hier übt das Volk die Macht aus, hier ist ihre eigene Macht zu Ende und kann niemals durch Feilschen oder Drohen wiederhergestellt werden, hier sind für alle Völker der Welt leuchtende Beispiele des Sozialismus entstanden.

Im Gegensatz zu den sowjetischen Sozialimperialisten hat die Volksrepublik China in dieser Frage von Anfang an einen korrekten Standpunkt vertreten. Sie erklärte die pakistanische Palastrevolution zu einer inneren Angelegenheit Pakistans, in die niemand das Recht habe, einzugreifen. Sie verurteilte die Aggression Indiens entschieden und stimmte im Weltsicherhietsrat für die Resolution, die von der UdSSR abgelehnt worden war. Sie warnte die Sozialimperialisten davor, in diesem Kampf mitzumischen.

Niemand wird in dieser Haltun etwas anderes sehen können als die Verwirklichung der Prinzipien sozialistischer Aussenpolitik. Dass der Bourgeoisie diese Situation vollkommen unverständlich ist, ist begreiflich - woher sollte sie auch sozialistische Aussenpolitik begreifen können? So rätseln die Zeitungen seit Tagen darüber, wieso China gemeinsam mit den USA Indien verurteilt hat. Dabei ist die Antwort klar: China hat Indien verurteilt, weil der indische Angriff ein Verbrechen ist gegen Pakistan und gegen das bengalische Volk. Es hat niemals verheimlicht, dass seine Begründung ganz anders lautet als die der amerikanischen Imperialisten, die natürlich nur Angst davor haben, die Sowjetunion könne ihnen ihre Vormacht in Asien streitigmachen.

Nicht weniger lächerlich ist die Frage, wann China wahl endlich Waffen an Pakistan liefern wird, die die bürgerliche Presse stellt. Warum sollte die Volksrepublik in diesen Krieg eingreifen, solange sie nicht selbst angegriffen wird? Das hiesse doch eben die Prinzipien der Nichteinmischung ebenso verraten, wie es die Sowjetunion getan hat.

Wenn allerdings die Sozialimperialisten ihre Kriegspolitik gegenüber China weiter zuspitzen, wenn Indien einen Grenzüberfall provozieren will, wie es das schon 1962 in Tibet getan hat - dann wird das chinesische Volk aufstehen, um seine Freiheit und Souveränität zu verteidigen.